

25 Jahre DIE GRÜNEN

Die Verlierer in den Grünen und ihre zukunftsfähigen Inhalte

eine Stellungnahme

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

abromeit@t-online.de

Hinweise zur Orientierung

Seite

- 3 Einstieg in das Thema
- 9 Aus der Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei“ von Anna Hallensleben
- 11 ... Aber warum eine Partei?
- 12 zum Arbeitskreis Dritter Weg NWO ...
- 14 ... Zur Bedeutung der Theorie des Dritten Weges für die GLU
- 19 ... 1977 .. Spaltung in GLU und USP
- 21 ... von den Schwierigkeiten des Starts der GRÜNEN
- 27 ... Link zu einem Artikel „Unternehmer = Kapitalist?“
- 27 ... Meine Bilanz
- 35 ... Mein Dilemma
- 37 ... Verweise auf andere Arbeiten des Verfassers
- 38 ... Ausgangsartikel von Reinhard Urschel
In düsterer Stimmung gegründet (HAZ / 14.1. 05)
- 40 ... Anhang: zwei Berichte aus der HAZ vom 24. 6. 85
über die BDK am 22. / 23. 6. 1985 in Hagen

Die Verlierer in den Grünen und ihre zukunftsfähigen Inhalte

eine Stellungnahme von

Tristan Abromeit

zu den Berichten der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 14. 1. 2005

„25 Jahre Grüne: Die Protestbewegung wird zur Regierungspartei

- In düsterer Stimmung gegründet“¹

von Reinhard Urschel

und „Nachgefragt 'Wir bauen das grüne Europa'“

von Daniel Alexander Schacht

Abschluß 20. Januar 2005

Wie viele Medien nutzte auch die HAZ das Jubiläum der grünen Partei für einen Rückblick. Das Bild im Großformat über dem Artikel zeigt Daniel Cohn Bendit und Joschka Fischer auf einer Landesdelegiertenkonferenz in Hessen. Dieses Bild verfälscht schon die Geschichte des Anfanges der grünen Partei. Cohn Bendit war am Anfang eher ein Symbol des Scheiterns des grünen Projektes als ein förderndes Element, weil die vom grünen Impuls Bewegten mit mehr konservativem Politikverständnis in ihm das Symbol der Linksorientierung der Partei sahen. Joschka Fischer ist erst 1982 Mitglied der GRÜNEN geworden. Ihn deshalb als Trittbrettfahrer zu bezeichnen, ist nicht richtig, weil jede Partei nach ihrer Gründung auf einen Mitgliederzulauf angewiesen ist. Auch können nachrückende Mitglieder einer Partei tüchtiger sein als die GründerInnen. Obwohl Joschka Fischer sich zum politischen Liebling der Deutschen mausern konnte, ist er für mich das Symbol des Scheiterns des grünen Projektes. Dies Scheitern ist ein Inhaltliches und keines des Stimmenanteils, der ja sicher über 5% liegt.. Seine Karriere ist das Ergebnis eines nicht offenen Gerangels und Kampfes von Einzelpersonen und Gründungsgruppen, die in ihrem Politikverständnis, in ihrer theoretischen und fachlichen Ausgangsbasis, in ihrer Ideologie und ihrem Glauben sehr unterschiedlich bis gegensätzlich waren. Mit seinem Redetalent, das ihm schon den Zwischenruf „Goebbels“ einbrachte und das er sozusagen als Schwimmweste benutzte, schwamm er im Strudel der Meinungen nach oben.

¹ Den Ausgangsbeitrag von Urschel gebe ich im Anhang ohne Bilder wieder. Auch dürfte die Würdigung der Gründung der GRÜNEN vor 25 Jahren in den verschiedenen Zeitungen ähnlich sein. Ich habe meinen Text so geschrieben, daß er auch ohne Kenntnis der Beiträge von Urschel und Schacht verständlich ist. (Aus dem letzteren zitiere ich nur.)

Die Gründung der GRÜNEN ist ohne ihrer Niedersächsische Vorgeschichte gar nicht verständlich. Ich will daher hier schwerpunktmäßig von der freiwirtschaftlichen Gründungsgruppe berichten, die in der Partei zu den Verlierern, deren Inhalte aber der Zukunft gehören und deren Sprecher Georg Otto aus dem Kreis Hildesheim war.

Für die wichtigste Stelle in dem Bericht von Urschel halte ich die, wo er im Bezug auf das Ex-Mitglied der CDU und Gründungsmitglied der Grünen, Herbert Gruhl, sagt: „Nicht lange hielt es diesen Ökopazifisten bei den Grünen, wie so viele aus den Anfangsjahren kehrte er der Bewegung enttäuscht den Rücken. Auf dem langen Weg vom losen Zusammenschluss der Bewegungen zur Regierungspartei sind viele auf der Strecke geblieben – Menschen und Ideale.“ Die vielen Grünen, die sich für die Idee der Erneuerung der Republik verausgabte und dann resigniert haben, die dabei auf der Strecke blieben, aber mit ihrer Leistung erst ermöglicht haben, daß Joschka Fischer die Rolle seines Lebens ergreifen konnte, gehören zu dem Posten der vergessenen Verlierer. Und in der Politik gilt wie im Sport und an der Börse: Verlierer haben sich den Verliererstatus selber zuzuschreiben. Erwähnenswert sind nur jene, die auf das Podest gestellt wurden und werden.

Bei den verloren gegangenen Idealen denkt manch einer vielleicht an Rotation der Mandatsträger, Unvereinbarkeit von Amt und Mandat, Einkommensbegrenzung für Mandatsträger. Der eine oder andere wird sich auch wehmütig an der Parole „Vielfalt in der Einheit“ erinnern, die auch in der Satzung ihren Ausdruck in der Möglichkeit fand, daß neben den allgemeinen Grundsätzen und dem Mehrheitsprogramm auch Programme von unterlegenen Minderheiten vorgestellt und veröffentlicht werden sollten, damit die Mehrheiten nicht einfach die Minderheiten platt walzen konnte.² Das waren aber eigentlich nur alles nebensächliche „Ideale“ und Versuche, einen empfundenen politischen Auftrag Gestalt zu geben. Dabei waren die Rotation und die Einkommensbegrenzung (auf den Facharbeiterlohn) rechtlich und demokratisch gesehen parteipolitische Anmaßungen.

Die wesentlichen Ideale waren neben der Berücksichtigung von ökologischen Belangen durch Politik und Wirtschaft die Erneuerung und Weiterentwicklung der Demokratie (Stichwort: Gewaltenteilung, Vermeidung von Ämterhäufung, Parlamente der Betroffenen) , die De-

2 Die Anregung kam von dem anthroposophisch orientiertem Kulturzentrum Achberg und dem dort ansässigen Aktionskreis Dritter Weg (A3W). Die Linken waren nur so lange für die Regelung, wie sie noch nicht sicher waren, in den Versammlungen dominieren zu können. Die Ausführungsregelungen der Satzungs Vorgabe wurden dann bewußt verhindert.

zentralisierung als Voraussetzung von personaler Autonomie und für den Abbau von Machtkonzentration, ebenfalls ein freies Bildungswesen, ein selbstbestimmtes soziales Sicherungsnetz und die Überwindung eines Wirtschaftssystems, welches Konjunkturschwankungen und Zerstörungen von Sachvermögen als Voraussetzungen hat und Einkommens- und Vermögenskonzentrationen nicht vermeiden kann. Natürlich war auch die Überwindung des Eisernen Vorhanges (mit unterschiedlichen Intentionen) und der Abbau der Atombombenbedrohung ein wesentliches Ideal. Daß dieses alles nur in einem marktwirtschaftlichen System, das vom Kapitalismus befreit wurde, realisierbar wäre, das war vermutlich nur der kleinen freiwirtschaftlichen Urgründungsgruppe bewußt. Wobei dieses Wissen in einem Umfeld, in dem die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet wurden und werden, nur schwer zu vermitteln war und ist.

„In düsterer Stimmung gegründet“, diese Aussage im Titel ist insofern richtig, als die grüne Bewegung ja ein Aufstand aus der Gesellschaft war, die eine ständig wachsende Bedrohung aus dem politischen Umfeld sah und abwehren wollte. Da viele Bürgerinitiativen durchaus kleine Erfolge zu verzeichnen hatten, aber von Ohnmachtsgefühlen befallen wurden, wenn sie das Gesamtbild des Bedrohungspotential betrachteten, wurde immer mehr – wenn auch zögernd – dem Gedanken der Parteigründung zugestimmt. Es stand aber eben nicht die Teilhabe an der Macht im Vordergrund, sondern Artikulationsmöglichkeit in und mit den Parlamenten, die in der alten Besetzung als zentrale Orte der Fehlentwicklung eingestuft wurden. Unter grüner Mitwirkung sollten es Orte werden, von denen aus den Bürgern auch Alternativmodelle vorgestellt werden konnten, um nach und nach eine Mehrheit für die Alternativen einzuwerben. Diese damaligen Überlegungen zeigen aber auch, daß den Massenmedien ein kritischer, parteiunabhängiger und aufklärender Journalismus nicht mehr zugetraut wurde.

Die Grünen waren am Anfang keine linke Partei (besonders nicht in Niedersachsen). Die Fünf-Prozent-Klausel machte es aber erforderlich, sich weit gegenüber politischen Strömungen in allen Richtungen zu öffnen. Linke Gruppierungen mit einem Instinkt für Machtentfaltung nutzten die Gunst der Stunde und übernahmen kampferprobt bald die Regie in den zentralen Versammlungen und Büros. Der Abwehrkampf eines Teils der Grünen gegen die K-Gruppen-Mitglieder und die „Sozialdemokraten“ mußte aufgrund des sich einstellenden Kräfteverhältnisses scheitern. Ich selber gehörte zu denen, die sich sagten, lieber mit dem Risiko des inhaltlichen Scheiterns die 5-%-Hürde überspringen, als im Frust mit dem „sauberen“ In-

halt vor der Hürde stehen zu bleiben. Meine Empfehlung: Beim inhaltlichen Scheitern nach 10 Jahren eine neue Partei zu gründen, war insofern unrealistisch, weil sich unter den gegebenen Bedingungen nicht alle 10 Jahre eine neue erfolgreiche Partei gründen läßt.

Nochmals, die Entstehung der grünen Bewegung, die Bildung der grünen Partei war ein Aufstand gegen eine Bedrohung, deren Ausgang in der Parteienherrschaft, im Parteienkartell, vermutet wurde. Rudolf Bahro verglich 1984 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg diesen Aufstand aus der Gesellschaft mit jenem aus der Weimarer Zeit, der in den Nationalsozialismus mündete. Diesmal dürfe der Aufstand nicht in die Irre und nicht verloren gehen, war sein Mahnruf.

Die Gefahr, selber Bestandteil eines Parteienkartells zu werden – dem man die Fehlentwicklungen anlastete - war von Anfang an gegeben und gefürchtet und ist heute traurige Tatsache. Zu viele Grüne haben eine grüne Wirkungsmacht verwechselt mit der persönlichen Teilhabe an institutioneller Macht, allen voran die im Bericht Genannten: Joschka Fischer, Jürgen Trittin, Rebecca Harms usw. Auf der BDK 1984 hat Rudolf Bahro leidenschaftlich davor gewarnt, sich auf Koalitionen mit der SPD einzulassen, sicherlich nicht weil SPD-Mitglieder schlechtere Menschen sind als Mitglieder der grünen Partei, sondern weil der Sozialdemokratismus ein Modell ist, daß jeglichen Impuls zum wirklichen Fortschritt absorbiert und in ein Plus an Bürokratismus umprägt. Der Sozialdemokratismus, ein Modell des unsystematischen und ausufernden Staatsinterventionismus, ist a) inhaltlich durchaus dem Wandel unterworfen und b) nicht nur der Leitstern der SPD, sondern in Variationen aller bei uns in Parlamenten vertretenen Parteien. Es war letztlich die Einsicht von linken bis rechten Grünen, daß dieses Modell nicht zukunftsfähig ist, die sie zusammen geführt hatte. Und nun sind die Grünen Teilhaber dieses Modells. Diese Teilhaberschaft bedingt aber auch die ideologische Blindheit gegenüber Problemlösungsansätzen, die außerhalb der eigenen Vorstellung, der eigenen Parteilinie und der Koalitionsvereinbarung liegen.

Abgesehen von inhaltlichen Angleichungen der Parteien und der Differenzierung in einer schmalen Bandbreite, haben gerade die Grünen bewiesen, daß es eine Illusion ist, wesentliche politische Kurskorrekturen durch die Gründung einer neuen Partei herbei zu führen.³

Diese Einsicht äußerte Erich Reigrotzi schon 1967, damals noch Professor für Staatswissen-

3 Ich übersehe dabei nicht, daß die ökologischen Themen durch die Konkurrenz der Grünen bei allen Parteien ein größeres Gewicht erhalten haben. Die Ursachen, die im Kapitalismus liegen, bleiben dabei aber tabu.

schaften in Marburg in einer Zeitschrift für Widerstandsrecht, also in einer Zeit als ich noch glaubte, als Mitbegründer der Liberal-Sozialen Partei die Republik verbessern zu können. Wer heute wirklich progressiv sein will, muß sich auf den Weg machen, bessere Instrumente zur demokratischen Politikgestaltung zu suchen, als es die Parteien sein können. Parteien sind und werden nicht dadurch destruktiv, daß sie eine Ansammlung von böswilligen oder unfähigen Mitgliedern darstellen, sondern weil sie a) durch ihre Allzuständigkeit überfordert sind und sich b) aufgrund ihres hierarchischen Aufbaus keinen wirklichen internen Ideenwettbewerb leisten können. Der daraus sich ergebene Hang der Parteien, ihre Glaubwürdigkeit durch einen internen Gleichschritt⁴ herzustellen, bringt eher Brücken zum Einsturz als die Gesellschaft zu neuen Ufern. Eine innerparteiliche Demokratie, die mehr sein soll als eine formale Struktur, ist eine Illusion. Und der Zwang zur äußeren Differenzierung gegenüber anderen Parteien – der ja selten ein Qualitätswettbewerb ist – erzeugt einen hohen Reibungsverlust in der Politik und macht diese unnötige destruktiv..

Wenn man die Mitglieder betrachtet – egal von welcher Partei – dann sind sie in der Mehrheit eigentlich nur Opfer von Idealismusverschleißmaschinen, ohne daß sie den Zielen, die Anlaß der Mitgliedschaft und der Gründung ihrer Partei waren, näher kommen. Aber auch die wenigen, die von der Partei profitieren und gesellschaftlich herausgehoben werden, müssen letztlich auch ihren Preis dafür bezahlen - heute besonders mit ihrer Unglaubwürdigkeit. Aber auch die zahlreichen Mitglieder, die einen mit „Staatsknete“ finanzierten Arbeitsplatz gefunden haben, sind nicht zu beneiden. Im Grunde haben sie ihre politische Seele verkauft. Sie dürfen nicht mehr fragen, was nützt dieses oder jenes dem Volk oder auch der Menschheit, sondern müssen ständig überlegen, wie sie ihren Status und ihren Sold absichern können. Diese Hauptamtlichen, auf die eine Partei nicht verzichten kann, die die ehrenamtlichen Mitglieder (unauffällig) zu Plakatklebern degradieren, machen jede Partei zu einem konservativen Verein, dessen wichtigstes Ziel der Selbsterhalt ist.

Der Grund dafür, daß sich in den Parteien unterschiedliche Vorstellungen und Ideen mehr gegenseitig blockieren als fördern, liegt wohl u.a. darin, daß politisch agierende Menschen besonders an Ideen gebunden sind und Mitglieder mit anderen Ideen als feindlich und nicht als Bereicherung empfinden. Wenn Linke andere politisch agierende Menschen linken und Rechte anfangen zu rechten, dann ist es im Einzelfall schwer auszumachen, ob es sich bei den

4 Es ist merkwürdig: Unsere parteipolitisch agierenden Bürger verweisen gerne abschreckend auf die NSDAP und übersehen dabei, daß sie sich mit der Forderung nach geschlossenen Reihen die Strategie der Nazis zu eigen machen: „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen ...“

betreffenden Personen um eine Charakterzug handelt oder ob es ein aus ihren Vorstellungen abgeleitetes Handeln ist. Besonders die Mitglieder der grünen Partei mit einem K-Gruppen-Hintergrund haben ja weidlich Lenins Lehre praktiziert, die liberalen und aufgeschlossene Zeitgenossen als ihre nützlichen Idioten zu betrachten. Sie waren damit erfolgreich. Nun sind sie aber letztlich mit dieser Methode ⁵ selber zu den nützlichen Idioten geworden im Dienst der Nutznießer des Kapitalismus. Darüber kann man sich aber auch nicht freuen, weil uns der Reifall der „Strategen“ der notwendigen Überwindung des kapitalistischen Überlagerungssystems nicht einen Schritt näher gebracht hat. Es ist auch kein Gewinn für die grüne Sache, daß die so genannten Realos die Fundamentalisten - die meist marxistisch orientiert waren - abgelöst haben, denn soweit sie nach Amt und Mandat strebten, waren sie genauso macht- und nicht problemlösungsorientiert, wie jene, an die sie sich gerieben haben und die sie ob-siegten.

Als Mitarbeiter einer niedersächsischen Zeitung hätte Reinhard Urschel a) etwas auf die Berichterstattung der Presse über die Grünen im allgemeinen und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung im besonderen eingehen können und b) auf die Vorgeschichte der Grünen, die schwerpunktmäßig in Niedersachsen verortet ist. ⁶

Zu a) Mein Eindruck ist der, daß die Partei DIE GRÜNEN bzw. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN von der Presse um so positiver geschildert wurde, je ähnlicher sie den anderen Parteien wurde. Abgesehen davon, daß durch ein neues Mitglied im Parteienkartell der Wettbewerb um die Macht etwas interessanter wurde, hat sich die grüne Partei durch die Anpassung an die anderen Parteien tendenziell selbst überflüssig gemacht, ohne vorher auch nur eines der Grundproblem unserer Gesellschaft ansatzweise gelöst zu haben.

Zu b) Dank der Tatsache, daß Anna Elisabeth Hallensleben 1984 ihre Dissertation über die

5 Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

6 Ein anderes Thema, das viel zu wenig beleuchtet wird, ist der Einfluß der Medien auf die Partei, die dadurch genommen wird, daß es den Medien zu aufwendig ist, das inhaltliche Gewusel und machtpolitische Gerangel innerhalb der Parteien nach zu zeichnen und ihren Konsumenten verständlich zu machen. So wie Kinder beim Vorlesen auch gerne immer wieder die gleichen Geschichten mit den gleichen Figuren hören und wahrnehmen, so machen es auch die Medien mit den Erwachsenen. Die Medien bauen sich Figuren in den Parteien auf. Diese bekommen innerparteilich dadurch Bedeutung, weil ihnen von der Presse Bedeutung beigemessen wird und so der Grund dafür geschaffen wird, sie erneut zum Gegenstand der Berichterstattung gemacht werden können. Sie sind jetzt Partei- oder Parlaments-Mitglieder mit einem Plus, die ihre Ansichten in der Partei viel leichter mit Hinweis auf die Bedeutung, die ihnen die Medien zuteilen, durchsetzen können als die Masse der von den Medien unbeachteten Mitglieder.

Entstehung der grünen Partei in Buchform vorlegte, kann man heute einige Vorgänge lesend nachvollziehen oder sich in Erinnerung rufen. Der Titel lautet: „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“ Der Untertitel: „Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980“. ⁷ Schon die Jahreszahl 1977 zeigt, daß DIE GRÜNEN einen Vorlauf von mehreren Jahren hatten. Wenn ich mich recht erinnere, geht die Geschichte aber weit über das Jahr 1977 zurück. Ich bin aber nicht gleich auf Aufforderungen, mich an einer Parteigründung zu engagieren, eingegangen, einmal weil ich damals noch glaubte, die FDP ließe sich zu einer wirklich liberalen Partei entwickeln, und zum anderen drückten mich noch die Mißerfolge mit der Liberal-Sozialen Partei aus den Jahren 1967/68.

Ich zitiere Anna Hallensleben:⁸

Die Grüne Liste Umweltschutz, GLU, war eine Vorläuferorganisation der Partei DIE GRÜNEN. Die ersten Schritte zur Gründung einer Partei, die den Protest im Bereich des Umweltschutzes innerhalb der parlamentarischen Institutionen artikulieren wollte, gingen entscheidend von Niedersachsen aus. Hier entstand 1977 die Umweltschutzpartei, die USP, aus der sich die GLÜ entwickelte. Bei der Landtagswahl 1978 erreichte die GLU mit ihrem Spitzenkandidaten Carl Beddermann bereits 3,9% der niedersächsischen Wählerstimmen. In der Zeit nach der Landtagswahl in Niedersachsen machten Grüne Listen auch in anderen Bundesländern von sich reden. Die GLU Niedersachsen, die als Bundespartei ihren Namen gesetzlich geschützt hatte, stand bei Gründungen Pate oder versuchte mit bestehenden Organisationen zusammenzuarbeiten, um ihre Mitgliederbasis zu erweitern. Der Organisationsaufbau wurde durch staatliche Wahlkampfkosten-erstattung finanziert. Ergebnis dieser Entwicklung war nach vielen Auseinandersetzungen die Gründung der Partei DIE GRÜNEN auf Bundesebene zur Bundestagswahl 1980. Vorher waren "Die Grünen" bereits als "Sonstige Politische Vereinigung" mehrerer Umweltschutzparteien zur Europawahl 1979 angetreten. Kurz nach der Gründung der GRÜNEN auf Bundesebene löste sich die GLÜ Niedersachsen auf.

Anna Hallensleben hat im Anhang ihrer Dissertation auch viele Schriftstücke aus der Anfangszeit der Grünen dokumentiert. In einem Schreiben vom 19. Oktober 1978 von

7 Die Schreibweise des Namens der Partei in Großbuchstaben sollte sie von der SPV Die Grünen unterscheiden.

8 Alle Zitate aus Hallenslebens Buch in der Schrift Corier New, einzeilig und zentriert wieder gegeben.

Michael von Lacroix aus Stade – in dem das Finanzgebaren des Vorstandes kritisiert wird heißt es:

Die Chancen der zerstrittenen Grünen für die Europawahl und die Bundestagswahl beurteile ich außerordentlich ungünstig, denn der bundesweit beachtete Erfolg der GLU in Niedersachsen wurde von außerordentlichem Idealismus und Enthusiasmus vieler GLU-Mitglieder getragen, der in dieser Form wohl einmalig war und sicherlich nicht wiederholbar ist.

Auch wenn die GLU keine linke Partei war, sondern das politische Spektrum von liberal bis konservativ abdeckte, wurden durch das (nicht nur empfundene) Bedrohungsszenario⁹ Menschen mit sehr unterschiedlichen bis gegensätzlichen Vorstellungen zum politischen Handeln zusammengeschweißt. „Dabei ist interessant, wie gut Menschen mit verschiedenen politischen Anschauungen zusammenarbeiten können, wenn sie ein bestimmtes Ziel vor Augen haben.“, heißt es auf Seite 77. Manche wollten nur den Altparteien auf die Füße treten und dadurch in Trab bringen. In dem Abschnitt „Einflüsse auf das Wirtschafts- und Demokratiekonzept der GLU“ heißt es u.a.:

Bereits im ersten Programm der Umweltschutzpartei, USP von 1977, dem die These von der Begrenztheit der Ressourcen zugrunde liegt, wurde der Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum im kapitalistischen System und Umweltschutz angesprochen. Die Forderung, daß Umweltschutz vorrangig vor Wirtschaftswachstum zu verfolgen sei, ist so zu interpretieren, daß man gegebene Spielräume systemimmanent nutzen wollte. Das Programm forderte die Regierung dazu auf, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber der Industrie wirkungsvoller durchzusetzen.... Wie die historische Entwicklung zeigt (40), haben Diskussionen um einen Dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus, hervorgerufen durch den Eintritt der Hildesheimer Gruppe um Georg Otto, heftige Kontroversen ausgelöst. Auf den Dritten Weg soll an anderer Stelle (41) ausführlicher eingegangen werden. Diese Kontroversen schlugen sich im GLU-Programm insofern nieder, als der Widerspruch zwischen profitorientierter Produktion und Umweltschutz deutlicher zum Ausdruck gebracht wurde. Man war sich inzwischen darüber im klaren, daß eine Abkehr vom Konzept "Wirtschaftswachstum" Konsequenzen hat, die sich auf das Wirtschaftssystem insgesamt auswirken müssen und daher Umstrukturierungen verlangen.

Dann wurde die Frage nach den Einflüssen von außen gestellt. Man muß sich klar machen, daß viele, die später zu den Grünen oder ihr Umfeld gezählt wurden, am Anfang zur

⁹ Stichworte dazu: Umweltgefährdung, Atomenergie, ökonomische Fehlentwicklungen, militärische Bedrohung, Fremdbestimmung durch die Bürokratie, Leistungsschwäche der Alt- oder „System“-parteien, Hunger und Tod durch Unterentwicklung und Ausbeutung anderswo.

parteilichen Außenwelt gehörten. Nachfolgend ein paar Beispiele:

Ähnlich wie Fetscher (55) fordert Bahro eine Dezentralisierung politisch-administrativer Entscheidungsfindung und eine Ent-hierarchisierung der gesellschaftlichen Herrschafts- und Macht-beziehungen, eine Neudefinition der Gestaltungsbedingungen im Produktions- und Konsumtionsbereich und andere Bedingungen und Werte für den Freizeitbereich (56).

Wichtige Einflüsse auf die Aussagen der GBÜNEN gingen von den Ursprungsparteien, der GLU, der AUD und der GAZ aus, es werden aber auch bereits gewerkschaftliche Einflüsse sichtbar sowie Vorbilder aus der Rätedemokratie. Der Einfluß der Theorie des Dritten Weges wurde zurückgedrängt.

Aber warum eine neue Partei?

Wenn es neue, politisch relevante Konflikte gibt, müssen dem Wertverschiebungen im Bewußtsein der Bevölkerung und Veränderungen der realen gesellschaftlichen Situation vorange-gangen sein. Verschiedene Umfragen zeigen deutlich, daß mit einem steigenden Umweltbewußtsein in der Bevölkerung das Ver-trauen in die Energie- und Umweltschutzpolitik der etablierten Parteien abgenommen hat.

Bereits 1978 waren bei einer Umfrage von Rudolf Wildenmann ca.25% der Befragten grundsätzlich dazu bereit, eine Umwelt-schutzpartei zu wählen (91). Im Bereich des Umweltschutzes ist folglich für einen großen Teil der Bevölkerung von den etablierten Parteien nicht genug getan worden, zumindest konnte diese Politik nicht wirkungsvoll vertreten werden. Die 1977 entstandene GLU hat genau dieses politische Defizit angesprochen. Ihr politischer Anspruch richtete sich nicht auf eine Systemveränderung, sondern lediglich darauf, eini-gen Politikern einen "Denkzettel" zu geben (92), was nichts anderes bedeutet, als daß man die etablierten Parteien dazu zwingen wollte, sich stärker mit Fragen des Umweltschutzes zu befassen. Daraus folgt, daß die GLU zunächst eine system-stabilisierende Rolle ausfüllen wollte, indem sie als Klein-partei (95) Defizite aufzuzeigen beabsichtigte, zunächst dabei voraussetzend, daß die damit verbundenen Konflikte für die etablierten Parteien integrierbar sind.

Die Frage drängt sich auf, warum man nicht durch eine Beteiligung an den bestehenden Parteien auf diese politischen Defizite hinweisen konnte. Warum bedurfte es einer neuen Partei? Hierzu ist zu sagen, daß aufgrund der bereits erwähn-ten Prioritäten der ökologischen Politik für deren Verfechter entscheidend war, ob und in welchem Maße Umweltschutz und eine Nutzung von "Kernenergie" von den Parteien vertreten wurde. Diejenigen, die z.B. in der "Kernenergie" und in der fehlenden oder unzureichenden "Entsorgung" von radio-aktiven Abfällen eine Lebensbedrohung sehen, sind in der politischen Entscheidung für oder gegen Atomkraft nicht kom-

promißwillig und damit nicht integrierbar. Politiker in allen Parteien, die gegen Atomkraft waren, aber sich in keiner Partei durchsetzen konnten, haben daher die politischen Ziele der GLU unterstützt (95). Ein weiterer Grund für die Gründung einer neuen Partei ist darin zu sehen, daß man eine offene Partei schaffen wollte, in der Patronage, Ämterkumulation und Korruption, die in den 70er Jahren zunehmend kritisiert worden waren (96), ausgeschlossen werden sollten.

Und jetzt zum Arbeitskreis Dritter Weg NWO (oder Liberal-Soziale AG). Bewerten möchte ich die Personen, die Idee und das Verhalten der Partei erst in Stufen später. Jetzt wieder zur Berichterstattung von Hallensleben:

Ein anderer Versuch, eine Umweltschutzpartei zu gründen, ging von Georg Otto aus. Georg Otto, damals fünfzigjähriger Lehrer aus Eberholzen, in der Nähe von Hildesheim, der nicht weit vom im Bau befindlichen Kernkraftwerk Grohnde wohnte, trat als Vertreter der liberalsozialistischen Freiwirtschaftslehre für einen "Dritten Weg" zwischen "westlichem Privat- und östlichem Staatskapitalismus" ein. "Weder Kapitalismus noch Kommunismus" war seine Devise. Er war zehn Jahre Mitglied der SPD, war im Gemeinderat von Eberholzen und im Weltbund zum Schutze des Lebens (im folgenden WSL), ebenso wie der ebenfalls später in der GLU sehr aktive Werner Schirr aus Bad Pyrmont. Zur Zeit der Gründung der USP hatte die SPD gerade ein Parteiausschlußverfahren gegen ihn angestrengt wegen parteischädigenden Verhaltens. Daher hielt er sich zunächst im Hintergrund (165). im Januar/Februar 1977 hatte Georg Otto die Gedanken zur Wahlbeteiligung bereits in der Umweltschutzbürgerinitiative, in der er aktiv war, vorgestellt, und auf der Landestagung des WSL im Februar 1977 wurde diese Idee schon diskutiert. Zur Grohnde-Demonstration im März hatte er ein Flugblatt verfaßt mit der Überschrift "AKW-Gegner in den Landtag?", das wegen des schwebenden Parteiausschlußverfahrens seinen Namen nicht trug. Hermann Müller, ein Freund aus Lüdersen, sammelte für ihn Kontakte (166). Auch Carl Beddermann setzte sich daraufhin mit ihm in Verbindung. Verschiedene Diskussionen im Kollegium Humanum, der Lebensschutzakademie des WSL in Vlotho, im Laufe des März, April, Mai führten schließlich zur Planung einer Zusammenkunft von Vertretern aller daran interessierten Gruppen des WSL's und der Bürgerinitiativen Norddeutschlands in Hannover mit dem Ziel, eine Lebensschutzpartei aus der Taufe zu heben.

Zu diesem Treffen am 25.5.77 im Bahnhofsrestaurant in Hannover, zu dem Hermann Müller in Ottos Namen eingeladen hatte, kamen ca. 50 Teilnehmer aus ganz Niedersachsen. Es kamen aber auch bewußt nicht eingeladene Gäste, wie der Göttinger Arzt Göttig vom Vorstand der Aktion Vierte Partei, AVP, der später von der AVP abgesetzt wurde, weil er

eigenmächtig den Parteinamen um den Zusatz "Union für Umweltschutz und Lebensschutz" ergänzt hatte (167). Weiter waren Gäste von der AUD ungebetenerweise da (168), außerdem noch einige Vertreter vom Kommunistischen Bund, die das Geschehen beobachteten und später im "Arbeiterkampf", ihrem Parteiorgan, ausführlich darüber berichteten.

Man fragt sich, wie diese Gruppen, deren Zielsetzungen nicht mit denen Georg Ottos übereinstimmten, von diesem Treffen erfahren haben. Dies ist wohl so zu erklären, daß man in den Bürgerinitiativen ungeachtet weitergehender politischer Vorstellungen zusammenarbeiten konnte, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, sich also auch regelmäßig mit Mitgliedern aus verschiedenen Gruppen traf und Informationen weitergab. Die Vertreter, vor allem von AUD und AVP, standen auf dem Standpunkt, daß es falsch sei, eine neue Partei zu gründen und man sich lieber ihren Parteien anschließen solle. In dieser hitzigen Diskussion verkündete Carl Beddermann, daß er bereits vor zwei Wochen die USP gegründet habe und man sich ja ihm anschließen könne. Er verließ dann die Versammlung und fuhr auf das am selben Abend stattfindende Treffen des BBU bei Gorleben, um dort für seine Partei zu werben. Da die verschiedenen Gruppen, die für sich in Anspruch nahmen, die wahre Umweltschutzpartei zu sein, das Treffen im Sinne einer Parteigründung, wie sie Georg Otto und Freunden vorschwebte, ergebnislos gemacht hatten, beschloß man in der Hildesheimer Bürgerinitiative, gebildet aus Umweltschützern und Vertretern des "Dritten Weges", im Juli 1977 sich der USP anzuschließen und einen Kreisverband zu gründen.

Man wollte sich nicht der AUD oder einer anderen Partei anschließen, da diese, abgesehen von der Forderung nach Umweltschutz, sich programmatisch erheblich von den Vorstellungen der Hildesheimer Gruppe unterschied. Die USP hat jedoch außer Umweltschutzforderungen kaum andere Programmpunkte vertreten, so daß weitergehende systempolitische Perspektiven als Streitpunkte zunächst ausgeklammert waren. Als Motive für die politischen Aktivitäten kamen bei Georg Otto und seinem Kreis neben der Gegnerschaft gegen Atomkraftwerke, d. h. konkret in seinem Falle gegen das im Bau befindliche Werk in Grohnde, weitergehende politische Vorstellungen hinzu. Wie der Ausschuß Georg Ottos aus der SPD zeigt, war er mit seinen systempolitischen Vorstellungen zum Dritten Weg nicht auf Verständnis gestoßen.

Die Motivation, bei einer neuen Partei seine Vorstellungen zu verwirklichen, muß bei diesem ehemaligen SPD-Mitglied allmählich gewachsen sein. Dafür spricht auch, daß er bereits vor der Großdemonstration in Grohnde eine Parteigründung plante. Sie war also nicht wie bei Carl Beddermann Auslöser für sein Handeln.

Über die soziale Zusammensetzung des ersten Kreisverbandes der USP in Hildesheim 1977 sind keine Daten mehr vorhanden. Nach Angaben von Georg Otto lag das Alter der aktiven Mitglieder

hauptsächlich zwischen 40 und 60 Jahren (169), so daß auch hier davon ausgegangen werden kann, daß es sich um Mitglieder handelte, die mitten im Berufsleben standen und eine ähnliche Struktur bestand, wie im Kreisverband in Schwarmstedt.

Aufgrund der weitergehenden politischen Vorstellungen von Georg Otto waren Spannungen zwischen dem Hildesheimer Kreisverband und Carl Beddermann abzusehen. Um diese Spannungen zu verstehen, muß man wissen, was der "Dritte Weg" inhaltlich bedeutet. (S.52 f.)

Zur Bedeutung der Theorie des Dritten Weges für die GLU

Wichtiger Befürworter eines neuen "Dritten Weges" für Niedersachsen war also der spätere Vorsitzende der GLU Niedersachsen (Nachfolger von Carl Beddermann), Georg Otto, der bereits jahrelang in einem Arbeitskreis Dritter Weg in Hildesheim gearbeitet hatte, bevor er sich der Umweltschutzpartei zuwandte.

Eine andere Gruppe, der Achberger Kreis, und die Freie Internationale Universität (mit Josef Beuys) werden ebenfalls zu dieser Richtung gerechnet (170). Die Lehre der "Freiwirtschaftlichen Ordnung" oder "natürlichen Wirtschaftsordnung", der die Vertreter des Dritten Weges anhängen, geht auf Silvio Gesell (1862 - 1930) zurück. Nach Gesell kann eine "natürliche Wirtschaftsordnung", die auch "physiokratische" oder "Freiwirtschaftliche Ordnung" genannt wird, dem Streben des Menschen nach Wohlstand und Fortschritt entsprechen, aber nur unter Gewährleistung der freien Konkurrenz und privaten Initiative. Die Marxsche Lehre wird von ihm abgelehnt, weil sie erstens die private Initiative aufhebt und zweitens durch ihre kollektivistische Therapeutik die arbeitslosen Einkommen nicht abschafft. Zwar leidet, Gesell folgend, auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung an der Schwäche, die Ausbeutung der arbeitenden Klasse mittelbar zu fördern, durch eine Sicherung der Startgerechtigkeit im Wettbewerb würde diese Schwäche jedoch beseitigt. Diese Startgerechtigkeit will er schaffen, indem das Bodenmonopol gesprengt und die gesamte Rente in Form von Pachtgeldern an die Staatskasse abgeführt wird und auch der Kapitalzins durch eine monetäre Reform abgeschafft wird. (171) Da Gesell die Ausbeutungsrate, den Kapitalertrag, auflösen will und die Ausbeutungsursache in der Zirkulation sieht, ist er nach Auffassung von Vertretern des Dritten Weges ein Zirkulations-Sozialist, während Marx ein Eigentums-Sozialist ist (172).

Die geistigen Wurzeln dieser Theorie liegen außer bei Gesell für Vertreter dieser freiwirtschaftlichen Ausprägung des Dritten Weges noch bei Proudhon (1825-1865), und es wird eine Beziehung zur Anthroposophie Steiners hergestellt (175), ansonsten werden unbekannte Theoretiker, Heinz Hartmut Vogel und andere benannt. Eine Abgrenzung zu anderen "Dritten Wegen" wie die von Ota Sik, Rudolf Bahro, Robert Nozick, Karl Hahn, Milton Friedmann und anderen (174) und von der Freien Inter-

nationalen Universität Achberg erfolgt nicht.

Tristan Abromeit, der einen programmatischen Beitrag zum Programm der GRÜNEN in Saarbrücken 1980 verfaßt hat¹⁰, stellt heraus, daß sich die verschiedenen Dritten Wege weniger in ihrer Zielsetzung, als vielmehr in den daraus abgeleiteten Handlungskonzepten unterscheiden (175). Hier soll im folgenden nur der in der Programmdiskussion vertretene Dritte Weg Hildesheimer Prägung, wie Georg Otto ihn vertrat, untersucht werden da Otto wichtige Funktionen in der Partei innehatte und durch ihn freiwirtschaftliche Positionen in die Diskussion gebracht wurden. (S. 54 ff.)

Anna Hallensleben bleibt mit ihren Schilderungen des Dritten Weges NWO ziemlich an der Oberfläche. Sie konnte ja auch nicht auf Analysen aus dem Umfeld der etablierten Gesellschaftswissenschaften zurück greifen. Die Soziologie und Politologie hat – wenn sie sich als progressiv empfand - doch eher auf den Marxismus zurückgegriffen, als zu fragen, warum das marktwirtschaftliche System – entgegengesetzt der theoretischen Erwartungen – so viele Probleme macht. Und die Wirtschaftswissenschaften hatten (und haben) sich so sehr der Annahme unterworfen, daß das Rentabilitätsdiktat des Kapitals ein naturgesetzliches ist, daß sie gar nicht auf die Idee kommen konnten (und können), daß es ein institutionelles, also ein überwindbares, ist. Und was den Boden als Existenzbedingung des Menschen (der Fauna und Flora) angeht, so hatte (und hat) doch bezüglich der Probleme, die damit zusammenhängen, bei allen Handlungswissenschaften (Maihofer) - also einschließlich der Rechtswissenschaften – eine große Verdrängung und Tabuisierung stattgefunden. Da die Bodenrechts- und Kapitalismusprobleme weitgehend aus diesen Wissenschaften ausgeklammert wurden, kann in diesem Sektor unserer Hochschulen nicht von Wissenschaft gesprochen werden. Die Flucht in mathematische Modelle und das Ausfeilen von fiskalpolitischen Programmen zur Bewältigung unserer Konjunktur- Verteilungs- und Ökologieproblemen – die von Program zu Programm versagen - kann da den Ruf auch nicht retten.

Da aber jedes erfolgreiche politische Handeln auf einem Vorverständnis der Akteure aufbauen muß, ist es schon fast illusionistisch, zumindest abenteuerlich, etwas die Ziele Definierendes - auf die Parteifahne schreiben zu wollen, was diejenigen, die sich um die Parteifahne sammeln, in ihrer Symbolik ohne lange Einführungen gar nicht verstehen können. Da diese inhaltliche Position eine liberal-anarchistische ist, mußte sie für jene, die sich in der BRD mit der Oppositionsmilch des Marxismus genährt hatten und für diejenigen, für die der Begriff Marktwirtschaft schon ein Definitionsmerkmal für Faschismus war (und ist), wie ein rotes Tuch wirken.

¹⁰ Siehe www.tristan-abromeit.de unter Texte / Arbeiten, Text 2.0
Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

Aber das waren nicht die anfänglichen Verständigungsprobleme. Die autoritären, zentral-verwaltungswirtschaftlichen Gedankengänge finden sich in anderen Ausformungen ja auch in konservativen Köpfen wieder. Für diese Köpfe war schon der Begriff *sozial-liberal* ein rotes Tuch, das ihre Nackenhaare sträuben ließ.

Der Begriff „Dritter Weg“, „Dritte Ordnung“ und der Wunsch, den Zwängen des Kapitalismus und der zentralen Macht zu entfliehen, wird schon im 19. Jahrhundert formuliert. Für die Neuzeit war es Wilhelm Röpke (ein Niedersachse aus Schwarmstedt), der den Begriff wieder einführte. Röpke gehört zu den Ordo-Liberalen oder Neo-Liberalen der Nachkriegszeit (die man nicht mit den heutigen verwechseln sollte). Ich habe nun aktuell in Röpkes Buch „Die Lehre von der Wirtschaft“ hineingeschaut, um sein Denken mit ein paar Zitaten vorzustellen. Es wären auf Anhieb bestimmt ein Dutzend, die ich vortragen könnte, ich will mich auf zwei beschränken. Es ist zu bedenken, daß dieses Buch schon 1937 an der deutschen Zensur vorbei am Marmara-Meer geschrieben wurde.

... Während Gesellschaft und Wirtschaft der abendländischen Welt seit Jahren in einer schweren Krise liegen, ist auch unser nationalökonomisches Weltbild einer starken Erschütterung ausgesetzt worden. Was gilt eigentlich noch von unseren Lehren? Und welche Dienste kann uns die Wirtschaftswissenschaft heute noch leisten?

Man kann diese und ähnliche Fragen verschieden beantworten, aber man kann sie unter keinen Umständen ignorieren. ... (S.14)

... Dieser „Dritte Weg“ der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisation und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des „Noch größer und noch besser“, von Vermassung und Mammutgebilden zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen.

Es gilt eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und der Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven und Organen vergessen hatte, ungeachtet der jahrhundertealten Weisheit Montaignes (Essais, Buch III, Kap. 13), daß wir auf den höchsten Stelzen noch immer mit unseren Beinen marschieren und auf dem höchsten Thron der Welt noch immer mit unserem Gesäß sitzen. ... (S. 324)

Bei Silvio Gesell, der selbst nicht den Begriff Dritte Weg benutzt hört sich das im Vorwort zur dritten Auflage seines Hauptwerkes „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ (1918) so an:

Großes Hoffen gibt große Ruh!

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in Bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“, darum auch Maß seiner Wirtschaft.

Der Dritte Weg kann auch aus Erkenntnissen von Marx abgeleitet werden. Daß dieses nicht geschehen ist, ist nicht Marx, sondern den Marxisten anzulasten, denn diese hatten tausendfach die Gelegenheit, das von Marx Gedachte zu überprüfen. Georg Otto geht darauf in seiner Schrift von 1991 ein. Sie trägt den Titel „Warum der Marxismus scheitern mußte.“ Er verdeutlicht die Widersprüche Marx aus *Das Kapital* I und III. Im Anhang zitiert er Karl Kautsky (nach Oppenheimer) aus *Diktatur des Proletariats* (2. Auflage, S. 4) wie folgt:

Genau genommen ist nicht der Kollektivismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse.

Die kollektivistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen.

Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln zu erreichen sei..., dann müßten wir den Kollektivismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzuheben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.

Der Dritte Weg beschreibt im strengen Sinne keine Wirtschaftsordnung, sondern Anforderungen an eine Wirtschaftsordnung. Seit Walter Eucken (ostfriesischer Abstammung und wieder ein Neo-Liberaler alter Kategorie) wissen wir klarer, daß es nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnung geben kann, daß ist die Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommando-

wirtschaft, für die sich die Marxisten entschieden hatten (Marx selber hat zu der Wirtschaftsordnung nichts gesagt) und die Markt- oder Verkehrswirtschaft, die die Liberalen auf ihre Fahne geschrieben haben. Dazwischen gibt es nur Mischformen als faule Kompromisse.

Die Marxisten haben übersehen oder geleugnet, daß die Zentralverwaltungswirtschaft (auch wenn sie sich schön logisch als die ideale Ordnung beschreiben läßt) a) die Ausbeutung nicht aufhebt und b) zwangsläufig in die Knechtschaft führt und mit einem demokratischen Regierungssystem nicht vereinbar ist.

Die Liberalen haben auf der anderen Seite übersehen, daß a) die Marktwirtschaft kein Naturprodukt, sondern ein künstliches kybernetisches System ist, b) daß dieses System bestimmte Systemvoraussetzungen hat, wenn die erwarteten Erfolge eintreffen sollen.

Die Systemvoraussetzungen sind:

1. Es muß der Geldkreislauf gesichert sein, wenn das Sayesche Theorem, daß sich die Produktion die Nachfrage schafft, stimmen soll.
2. Es muß klar definiert werden, welche Güter die Eigentumseigenschaft (als Voraussetzung der Gestaltungsfreiheit und der Haftung) haben, um ein solches System nicht zu einer Privilegienwirtschaft verkommen zu lassen. Da die Marktwirtschaft ein System des Leistungsaustausches ist, können auch nur Güter, die durch Arbeitsleistung entstehen, Eigentumscharakter annehmen. Wobei der Luft, dem Wasser, dem Boden und den Naturschätzen als Existenzvoraussetzung des Menschen diese Eigentumsfähigkeit abgeht. Für diese nichteigentumsfähigen Gemeinschaftsgüter kann es im marktwirtschaftlichen Sinne nur Nutzungsrechte und Abbaurechte geben, in denen ökologischen Belange berücksichtigt werden, über deren Vergabe aber in einem ökonomischen Wettbewerb entschieden wird. Der Ertrag aus den Naturmonopolen ist ökonomisch gesehen zu neutralisieren, verteilungspolitisch betrachtet zu sozialisieren. Wenn die unterschiedlichen Erträge aus dem jeweils nationalen Bodenmonopol summiert und durch die Anzahl der Köpfe der Menschen geteilt und rückverteilt werden, dann kann jeder Mensch rechnerisch gesehen ein gleichgroßes Grundstück unentgeltlich nutzen.¹¹ Die Verteilung der Erträge aus den Abbau-, Überflug- und Fischfangrechten (in den Weltmeeren) pro Kopf der Weltbevölkerung hätte – wenn sie durchgesetzt ist – einen wesentlichen Kriegsgrund überwunden und würde für einen internationalen Ausgleich zwischen rohstoffarmen und rohstoffreiche Ländern schaffen und somit automatisch zu einer Migrationsbremse werden.

Eine Position, die individuelle Freiheit mit marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit der alten so-

¹¹ Eine alternative Rückverteilung wäre - wie sie von Gesell empfohlen wird – diese nicht nach Köpfen aller vorzunehmen, sondern nach der Zahl der Kinder und die Bodenrente den Müttern für ihre Leistung des Erhalts der Gesellschaft zu kommen zu lassen.

zialistischen Forderung nach vollem Arbeitsertrag verbindet, muß natürlich Zeitgenossen verächtlich erscheinen, die Marktwirtschaft nur als Kapitalismus und Sozialismus nur als Zentralverwaltungswirtschaft verstehen können. Aber die Logik der Natürlichen Wirtschaftsordnung (die man sich ja nicht mit allem Begleitwerk, das sich im Laufe der Zeit bei den Verfechtern dieses marktwirtschaftlichen Systems angesammelt hat, denken muß) ist stimmig.

Aber ich will wieder zu Anna Hallensleben zurückkehren.

Es bleibt festzuhalten, daß die USP keine Partei war, die von einer breiten Bürgerinitiativ-Bewegung getragen wurde, sondern sie stieß bei einigen Bürgerinitiativen auf Kritik und suchte und fand zunächst nur punktuelle Unterstützung einzelner Aktiver aus Bürgerinitiativen, die sich nicht scheuten, ihre überparteiliche außerparlamentarische Aktivität zu einer parteilichen innerparlamentarischen werden zu lassen und die keiner anderen Partei angehörten.

Die Beteiligung an vorgezogenen Kreistagswahlen 1977 und die Spaltung in GLU und USP

Wie bereits erwähnt, war der Kreisverband Hildesheim mit Georg Otto einer der ersten Kreisverbände. Man kann davon ausgehen, daß der aktive Kern dieses Kreisverbandes aus 6-7 Mitgliedern bestand (198). Er wurde bereits Ende Juni 1977, also noch vor den Sommerferien in Niedersachsen, nach Gesprächen mit Beddermann und anderen USP-Mitgliedern in Hannover von Hildesheimern und Nordstemmenern Umweltschützern gegründet. Da man zunächst nur eine Mitgliedsliste mit ca. 50 Personen, aber noch keine Einzelformulare für den Eintritt ausgefüllt hatte, erfolgte die formale Gründung am 18.8.77. Ende Juni hatte man erfahren, daß am 25.10.77 vorgezogene Kreistagswahlen in Hildesheim stattfinden sollten. Man beschloß daraufhin, an diesen Wahlen teilzunehmen. In einer Presseerklärung vor der Kreistagswahl hatte Georg Otto gesagt, daß die USP nach der Landtagswahl zur Gründung einer Bundespartei aufrufen werde, mit dem Ziel, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu beschreiten. Da Carl Beddermann aber die USP zunächst als regional begrenzt darstellen wollte und er die Lösung der Umweltprobleme durch den von Georg Otto vertretenen "Dritten Weg" ablehnte, untersagt er ihnen per Brief, den Namen USP zu führen (197).

Am 1.9.77 folgte eine Sitzung in Nordstemmen, auf der der Hildesheimer Kreisverband beschloß, als eigene kommunale Wählergruppe mit eigenem Namen im Wahlkampf anzutreten, da so keine Zustimmung durch Beddermann erforderlich war (198). Die Gruppe gab sich den Namen "Grüne Liste Umweltschutz", da "Grün" die Farbe des Umwelt-, Lebens- und Naturschutzes und die Farbe

der "Freiwirtschaftlichen Bewegung" ist und der Aspekt "Umweltschutz" im Namen durch das Grün unterstrichen werden sollte. Durch den Begriff "Liste" sollte die Ablehnung der derzeitigen Parteienstruktur ausgedrückt werden und ein gewisser Anspruch an Basisdemokratie deutlich werden (199).

Im Kreis Hildesheim bekam die GLU innerhalb von 14 Tagen 600 Unterschriften von Wahlberechtigten zur Unterstützung der Kreiswahlvorschläge zusammen (550 wären zur Erfüllung der Auflagen nötig gewesen) und konnte sich zur Wahl anmelden. Man hatte 27 Kandidaten gefunden, und da man das Wahlgesetz nicht gut kannte, glaubte man, daß auch auf kommunaler Ebene die 5 %-Hürde einen Einzug in den Kreistag ohnehin verhindern würde. Zum Teil wurden einfach Bekannte gefragt, ob sie ihren Namen nicht für eine Kandidatur hergeben würden, denn man käme ohnehin nicht in den Kreistag (200). Man konnte auch nicht wissen, in welchem Wahlbezirk der höchste Stimmenanteil zu erwarten war und besetzte daher die Bezirke ziemlich wahllos mit Kandidaten. Als der Wahlerfolg dann mit 1,2 % einen Kreistagsplatz für Günther Bornhold, einen ehemaligen Freund von Georg Otto, bescherte, waren alle überrascht. Günther Bornhold, der Georg Otto zufolge eher aus Gefälligkeit ihm gegenüber als aus politischer Überzeugung kandidiert hatte, war nach Ansicht Ottos ein ungeeigneter Mann, um die Belange der GLU im Kreistag zu vertreten. So wurde er dann nach über einjähriger Arbeit im Kreistag aufgefordert, sein Mandat weiterzugeben. Damit wäre Otto in den Kreistag gekommen, da die anderen Kandidaten verzichteten. Daraufhin trat Günther Bornhold aus der GLU aus, behielt aber sein Mandat (201.). Wie diese Entwicklung in Hildesheim zeigt, war das erste Antreten zur Wahl von Zufälligkeiten geprägt, die auf mangelnde politische Erfahrung, auf Mangel an Kenntnis des Wahlverfahrens und auf den Zeitdruck, unter dem gehandelt werden mußte, zurückzuführen sind. Es wird auch Georg Ottos Wille zur parlamentarischen Aktivität deutlich und seine starke Stellung im Kreisverband, da andere Kandidaten auf eine Nachfolge Bornholds verzichtet hätten. Die Fülle der Aktivitäten Ottos läßt ihn als Initiator einer Wahlbeteiligung in Hildesheim erscheinen. Zwar liegen keine genauen Angaben über die soziale Zusammensetzung dieses Kreisverbandes vor (202), jedoch kann davon ausgegangen werden, daß der Wahlkampf finanzielle Opfer der Beteiligten verlangte und nur private Finanzierungsquellen zur Verfügung standen. ...

Hallensleben schildert dann die Entwicklung mit Spaltung der Bürgerinitiaten in Hameln.

Auch dort führte eine Kreitagwahl zur Wahlbeteiligung. Die Wählergemeinschaft

"Atomkraft - nein danke" erhielt sogar 2,5 % der Stimmen.

In Eberholzen, dem Wohnsitz von Georg Otto, konnte man den Erfolg auch darauf zurückführen, daß Georg Otto als Gemeinderat bekannt war, da er sich in der Vorbereitungsphase von Grohnde

durch eine Unterschriftenaktion und eine einstimmige Resolution des Gemeinderates gegen Grohnde eingesetzt hatte. (S. 64 ff.)

Um den schwierigen Start der GRÜNEN noch einmal zu verdeutlichen, gebe ich zwei Absätze aus dem Rundbrief 19 der GLU vom 5. 9. 1979 von Helmut Lippelt wieder. (Bei Hallensleben Seite A 90):

Liebe Freunde,
ein persönliches Wort vorweg: der Übergang von einzelnen kleinen Parteien, wie GLU etc., und einer Wählergemeinschaft, wie "Die Grünen", zur großen, grünen Gesamialternative als Partei (wie das Bundeswahlgesetz ihn ja erfordert), ist gewiß schwierig.

Aber muß er auch mit soviel Mißtrauen, Ja, Illoyalität gegenüber dem gewählten Vorstand und letztlich auch den Beschlüssen der Delegierten-Versammlung, die doch die Repräsentation unserer Basis ist, verbunden sein? Innerhalb weniger Tage, kurz vor Ferienende, wonach sich Mißverständnisse mühelos hätten aufklären lassen, schlugen die Emotionen in einer die Einheit unserer GLU gefährlich bedrohenden Weise hoch und über dem Vorstand zusammen - und das alles im engen Kreise einiger weniger, die "hohe Politik" treiben. Ob das die Basis überhaupt verstehen konnte?

Andererseits - ein versöhnliches Wort vor der notwendigen Kritik - zeigt sich natürlich darin auch das Engagement, mit dem sich viele von uns ja einer wahrlich großen Aufgabe, dem Sturz des Atomstaats mit allen seinen Konsequenzen, verschrieben haben. Wir stehen wirklich an einer großen Wende - aber nicht von rechts nach links, oder links nach rechts, sondern von verschiedenen kleinen Parteiensätzen zur großen Alternativpartei. Das macht Ängste und Emotionen verständlich. Nur sollten wir als Gegengewicht nicht etwas mehr "grüne Solidarität" entwickeln?

...

Hier wird noch einmal deutlich, daß sich im grünen Umfeld durch die Bedrohung durch den Atomstaat Leute zusammenfanden hatten, die gemeinsam handeln mußten, um ihr Ziel zu erreichen, sich ideenmäßig aber eigentlich spinnefeind waren. Es gab natürlich auch emotionale Nähe und Wärme zwischen den Gründern, nur diese Zeiten waren immer so kurz wie der Beischlaf in einer Liebesbeziehung.

Wenn nun in dem Bericht von Reinhard Urschel und der Befragung von Daniel Alexander Schacht Daniel Cohn Bendit, Joschka Fischer, Otto Schily, Petra Kelly und Gert Bastian, Herbert Gruhl, Jürgen Trittin und Rebecca Harms mit Lichtbild vorgestellt werden und Georg

Otto und der Arbeitskreis Dritter Weg NWO nicht einmal erwähnt wird, dann kann man das als erfolgreiche Verdrängungsarbeit der Partei werten, die diese Wurzel ihrer Herkunft schon immer gerne verleugnet hat. Das erklärt aber nicht die ganze Geschichte. Einmal war die Zahl der freiwirtschaftlichen Gründer naturgegeben klein, weil dieses Wissen weder im BRD-konformen Bildungsbetrieb noch im oppositionellen weiter gegeben worden ist. (Ich habe nur zufällig 1961 in der Zeit meiner Banklehre vor dem Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik davon erfahren.) Es mußte auf Menschen zurückgegriffen werden, die schon lange die Pensionsgrenze hinter sich gelassen hatten, die zum Teil schon in der Weimarer Zeit versucht hatten, die SPD davon abzuhalten, sich aus ökonomisch-ideologischer Verblendung als Zutreiber der Nationalsozialisten zu betätigen und für ihr Tun und Denken von der DDR- oder BRD-Herrschaft gemäßregelt worden waren. Und Georg Otto, der unermüdliche Arbeiter, der noch in seiner DDR-Zeit durch ein Buch in einem Antiquariat die Freiwirtschaft oder die NWO entdeckt hatte, war mit seiner sächselnden Sing-sang-Stimme und seinem bescheidenen Äußeren auch kein guter Redner und Anwalt einer Außenseiterposition. Es fehlte ihm als Vegetarier, Nichtraucher und Antialkoholiker auch an der üblichen Geselligkeit und an Affären. Und in der Politik wird nun eben auch vieles bei Rauch, Bier und Wein entschieden. Satzungsdebatten und das Ringen um Beschlüsse sind in der Regel öde. Und da wir ohne Unterstützung durch ein Büro alles selber machen mußten, waren unsere schriftlichen Verlautbarungen auch nicht immer leserfreundlich. Georg Otto hätte nicht nur einzeilig, sondern auch über den Rand hinausgeschrieben, wenn dies möglich gewesen wäre. Den Drucksachen fehlte häufig jede Rücksicht auf die Ästhetik. Er hat bis heute noch nicht begriffen, daß nicht die Kosten der gedruckten Seite wichtig sind, sondern die der gelesenen.

Georg Otto hat viel für die Öffnung der Grünen nach links getan. Zum Beispiel die Klage gegen die linke Grüne Liste Hessen wegen Namensmißbrauch zurückgenommen. Das hat ihn viel Sympathien im konservativen Lager gekostet. Die Linken haben ihn dafür mit Mißachtung belohnt. Auch daß er sich hat vom Schuldienst beurlauben lassen, um befristet hauptamtlich als Koordinator der grünen Gründungsgruppen zu arbeiten, hat mehr Schelte als Lob eingebracht. Sein Agieren war ehrlich, aber nicht immer klug. Schon vor der Gründung der GLU gab es Ärger im eigenen Lager, wegen des Begriffes Dritter Weg und wegen seiner spontanen Entscheidungen (Sein Motto: Wenn es so nicht geht machen wir es eben anders.), die nicht immer so schnell von den Mitspielern nachvollzogen werden konnten. Hans Kühn, ein alter Kämpfer, der nach dem Krieg, den er am Körper heil überlebt hatte, von der Freiwirtschaft durch einen „Wanderprediger“ erfahren hatte, war noch Jahre danach verbittert. „Die Menschen denken doch dualistisch: Hell – dunkel, schwarz – weiß, gut – böse usw.. Die können

doch gar nicht eine dritte Dimension denken und begreifen. Dann hatte Hans Kühn für die Werbung einer neuen Partei auf eigene Kosten eine Zeitung drucken lassen, die konnte wegen einer Namens- oder Zieländerung, die von Georg Otto auf Grund einer neuen Situation vorgenommen wurde, nicht mehr zum Einsatz kommen. Es sind also auch die eigenen Fehler, die uns die Arbeit schwer gemacht haben.

Meine eigene Rolle in dem Spiel ist die des Versagers. Diese zu beschreiben sollen andere übernehmen. Als Entschuldigung kann ich nur sagen, daß man auch in der BRD seinen Preis für eine nonkonforme Haltung zahlen mußte. Das will hier besagen, daß ich von einer Basis aus agieren mußte, die schon vor der grünen Zeit von Niederlagen und Nackenschlägen gekennzeichnet war und die nicht von der Solidarität einer großen Gruppe emotional oder materiell ausreichend gestützt wurde.¹²

Unsere gemeinsame Schwierigkeit bestand auch darin, daß wir den Hauptanteil unserer Energie in den Aufbau der Partei investieren mußten, so daß nicht mehr viel Kraft für die Vermittlung unserer Ideen blieb. Wenn man bedenkt, daß keine müde Mark – so viel ich weiß – von den Wahlkampfkostenerstattung, die die Grünen erhalten haben, in unsere Arbeit geflossen ist, daß wir praktisch von den parteiinternen Kommunikationswegen ausgeschlossen waren, keine Gelegenheit hatten einem Parteigremium im Zusammenhang die NWO vorzustellen (weil das die Eifersucht der Mitbewerber um Inhalte verhinderte) und unsere Drucksachen und Reisekosten aus dem Verkauf unserer Drucksachen und kleinen Spenden finanzieren mußten, dann waren wir sehr erfolgreich, denn der Sympathisantenkreis für unsere Ideen war beachtlich. Wer sich wirklich einmal ohne Abwehrhaltung – also neugierig - auf das Modell einläßt, stellt bald die Frage, warum werden diese Lösungsvorschläge nicht angewandt? Ich kann dann nur antworten: „Ich weiß es nicht!“ „Vermutlich steht vor der Übernahme einer neuen oder anderen Erkenntnis eine Sperre ideologischer Art. Solche Sperren zu überwinden kostet Zeit und in diesem Fall auch Lebensglück und das Leben vieler Menschen.“

Noch ein Wort zu Helmut Lippelt, Partner und Gegenspieler von Georg Otto, der in dem wiedergegebenen Interview sagt: „Wir bauen das grüne Europa auf“. Was ist das grüne Euro-

12 J.H., der meinen Text korrigiert hat, macht an dieser Stelle eine Notiz: >„Versager“ find ich übertrieben negativ. Du selbst schreibst auf S. 23 oben, dass für die Erreichung Deiner Ziele Solidarität einer großen Gruppe usw. erforderlich gewesen wäre. Wenn so etwas ausgeblieben ist, dann ist das einfach Pech, aber nicht unbedingt auf ein Versagen zurückzuführen. Die anderen haben die Bedeutung Deiner Initiative nicht erkannt! Auf S. 27 siehst Du Dich lediglich als „Verlierer“!<
Solche Worte eines Freundes sind ja Balsam für die Seele. Ich muß aber von mein Empfinden aus gesehen Versager und Verlierer addieren.

pa? Die Gründung eine europäischen grünen Partei macht die bürokratische Entwicklung unseres Europas auch nicht sympathischer. Europa ist doch heute nur die Addition von Fehlern der Nationalstaaten.

Daniel Alexander Schach fragt (HAZ) den 72-jährigen Lippelt, der bis 2002 hannoverscher Grünen-Bundestagsabgeordneter war:

Wie sieht die Zukunft der Grünen aus? Müssen sie Juniorpartner der SPD bleiben - oder gibt es noch andere Perspektiven?

Lippelt sieht durch seine Partei- oder auch durch seine Strategiebrille und antwortet:

Juniorpartner dürfen wir gewiss nicht auf ewig sein, aber die Debatte um andere Bündnispartner ist derzeit nicht aktuell. Denn für neue Koalitionsoptionen ist die FDP zurzeit einfach zu dumm, und die Union ist zu wenig souverän, um derzeit solche Debatten führen zu können. Für uns liegen darin aber auch Chancen: Zum einen haben wir längst das Erbe eines echten Liberalismus angetreten, das die FDP hat brachliegen lassen. Zum anderen können wir in der Koalition mit der SPD der bewegende Teil sein. Und zu den großen Entwicklungslinien zählt nicht zuletzt die EU. ...

Zu antworten ist:

a) Die SPD und die Bündnisgrünen sind in Bezug auf die Problemlösungen unserer Gesellschaft bezogen in keinem besseren Zustand als die CDU/CSU und die FDP. Die Dummheit und Gaukelei in den Parteien ist doch sozusagen geschütztes gemeinsames Kulturgut.

b) Es wäre ja schön wenn die Grünen „das Erbe eines echten Liberalismus angetreten“ hätten. Es wäre für mich eine nachträglich Genugtuung, wenn die Bündnisgrünen inzwischen ein Anwalt des echten Liberalismus geworden wären. Aus meiner langjährigen Mitgliedschaft in der FDP weiß ich, daß es dort zwar auch den Anspruch gibt, eine liberale Partei zu sein, und daß es in der Tat in dem einen oder anderen Politikbereich auch liberale Ansätze gibt, aber insgesamt ist die FDP wie die anderen eine prinzipienlose, ziellose, nur an der Machtteilhabe ausgerichtete konservative Partei. Ebenso wie es die Grünen auch geworden sind. Anfang der 70er Jahre hat Walter Hirche, heute niedersächsischer Wirtschaftsminister, - symbolisch gesprochen – die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen, als ich im Landesfachausschuß für Bildungspolitik ein Konzept für ein freies Bildungswegen vorlegte. „Das ist revolutionär!“, „Bleib am Ball!“, wurde ich zwar auch ermuntert, diese Ermunterung blieb aber eine Ausnahme, wie in den Anfangzeiten der Grünen. Wer den Liberalismus ohne

Konsequenzen für die gesellschaftlichen Teilordnungen und ohne Überwindung des Kapitalismus durchsetzen will, hat seine Lektion in Ordnungspolitik (Systempolitik) noch nicht gelernt.

Das merkwürdige an Helmut Lippelt, den ich über 25 Jahre kenne – erst im direkten Kontakt, später medienvermittelt – ist, daß ich immer noch nicht weiß, wofür er steht und was er will. Als ich 1984 mit der „Faschismuskeule“ aus der Partei geprügelt werden sollte, wußte er genau, daß die mir gemachten Vorwürfe unsinnig waren. Er hat aber kein lautes Wort zu meinem Gunsten gesagt. Ich hatte von je her das Gefühl, daß er um Sicherung seines Einflusses in der Partei besorgt war, aber nichts für andere riskierte und diese lieber im Regen stehen ließ. Aber wofür oder für wen er Einfluß wollte, weiß ich bis heute nicht. Vielleicht wollte er durch die Partei, wie viele andere auch, nur Bedeutung haben. Und Bedeutung hat man nur, wenn man eine Rolle spielt, die von der Presse wahrgenommen wird.

Bei dem ganzen Hick-Hack zwischen den politischen Positionen und Strömungen innerhalb der grünen Partei haben die östlichen und westlichen Geheimdienste – informationsbeschaffend oder lenkend – ihre Finger auch wohl im Spiel gehabt. Wenn ich mich richtig erinnere, hat es auch Enttarnungen gegeben. Diesen Umstand will ich hier wenigstens als Merkposten noch erwähnen, weil der Parteibildungsprozeß dadurch ja zusätzlich erschwert wurde. Ich kann dazu aber keine konkreten Angaben machen, weil ich meine Unterlagen dazu nicht mehr finde. Mir ist nur das Buch „Mein Name ist Haase – ich weiß ... zuviel?!“ (1993) von Dieter Haase wieder in die Hände gekommen. Dieter Haase, Jg. 1937, war Doppelagent gewesen, als er 1980 Gründungsmitglied der Grünen wurde. Er konnte aber für die Grünen nicht kandidieren, weil ihm per Gerichtsurteil die Bürgerrechte aberkannt worden waren. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, verstand sich Haase bei den Grünen als Mann der Spionageabwehr. Vermutlich gibt es zu dem Thema „geheimdienstliche Tätigkeit in den Grünen“ Literatur. Ich habe mich nicht darum bemüht. Mir ging es bei diesem Hinweis nur darum, zu verdeutlichen, daß die Akteure der Grünen in der Gründungszeit selten Herr der Situation waren, manche Entwicklung war einfach prozeßhaft, die Bildung der Organisation war wie die Schaffung eines Reagenzglases, in der unterschiedliche Stoffe in Form von Personen und Ideen aufeinander reagieren konnten.

„Der Landesverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN lädt alle zu seiner 25- Jahrfeier am 21.1.2005 um 19.00 Uhr in das Landesmuseum nach Hannover ein. Kurzweiliges, Geschichtliches, Erinnerungen an alte Zeiten und Buffet werden geboten.“, so heißt es in einem E-Mail.

Ich werde zu dieser Veranstaltung nicht hingehen, obwohl mich keine Verbitterung davon abhält, die grünen Parteifreunde in der Regel liebenswerte Menschen sind und Erinnerungen an vergangene Zeiten ja auch Rührendes und Verbindendes haben. Ich feiere am 21. 1. meinen 71. eigenen Geburtstag. An meinem 44. Geburtstag, am 21. Januar 1978, habe ich im Landesfachausschuß der Nieders. FDP für Wirtschaftspolitik beantragt, meine Ausarbeitung „ARBEITSLOSIGKEIT – Ursachen – Wirkungen – Lösungen“ als Arbeitspapier zu veröffentlichen. Ich habe diesen Antrag am 18. Februar 1978 mit meinem Text „PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ wiederholt und bin damit durchgefallen. Aber bei der FDP hat sich damals das merkwürdige, - auf die Sache bezogen – verwerfliche Parteidenken durchgesetzt, was sich bei den Grünen dann auch eingenistet hat und bis heute hält: „Lieber die Menschen in ihrem Unglück verharren lassen, als zugeben, daß die Parteilinie falsch sein könnte.“

Ich habe 1978 in meinem Haupttext argumentiert, daß das große Risiko der Arbeitslosigkeit auf unterlassenes oder falsches Handeln des Staates zurückzuführen ist. Daß wir für dieses Risiko keine Arbeitslosenversicherung benötigen, sondern dafür das Bundessozialhilfegesetz entsprechend ändern können. Damit der nötige Handlungsdruck auf den Staat ausgeübt wird, sollten Kosten entsprechend der Einwirkungsmöglichkeit 3/6 vom Bund, 2/6 vom Land und 1/6 von den Kommunen getragen werden. Die Kommunen sollten das Recht erhalten, Arbeitslose, die Arbeitslosenhilfe bekommen, jederzeit für kommunale Arbeiten einzusetzen. (Auch hier wäre das Prinzip Leistung gegen Leistung anzuwenden). Das kleine Risiko, das strukturelle, durch Veränderung der Nachfrage nach Fähigkeiten, sei versicherungstechnisch kalkulierbar und könne im Umfang variabel bei konkurrierenden Versicherungsträgern abgesichert werden. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war damals bereits von mir gedacht und vorgeschlagen, aber eben nicht im Hinblick darauf, die Arbeitslosen gefügig zu machen, damit die Anforderungen des Kapitals auf Rentabilität durchgesetzt werden. Die Texte sind unter Texte / Arbeiten (Nr. 1.1. und 1.2) auf meiner Internetseite www.Tristan-Abromeit.de abrufbar.

oooooooooooooooooooo

Hinweis:

www.nwo.de/aktuell.htm

Die aktuelle Seite

Zum 100. Todestag des Physikers und Sozialpolitikers Ernst Abbe/Zeiss-Werke Jena:

Unternehmer = Kapitalist?

Ein Beitrag von Josef Hüwe, Berlin

oo

Meine Bilanz

Was ist nun zusammengefaßt meine eigene Bilanz nach einem ¼ Jahrhundert Mitgliedschaft bei den GRÜNEN.¹³

Da ich in und mit der Partei nichts mehr werden will, kann ich Tacheles reden:

Als Verlierer der Parteigründung bin ich nicht zum Jubeln verpflichtet. Als Verlierer fühle ich mich nicht deshalb, weil ich keine politische Karriere gemacht habe (das ist durchaus in Ordnung), sondern weil es mir und den Freunden vom Arbeitskreis Dritter Weg NWO nicht gelungen ist, lebenswichtige ökonomische Informationen mittels Partei in die Öffentlichkeit zu transportieren. Denn zu diesem Zweck hat sich ja die Ur-Gründungsgruppe für die Gründung und den Aufbau der Partei verausgabt. Als Verlierer fühle ich mich auch als Demokrat, denn die GRÜNEN waren keine Hilfe, um unsere Talmi-Demokratie endlich zu einer substanziellen zu entwickeln.

Traurig macht mich der Gedanke, daß so viele Mitwirker – im engen und weiten Sinn - aus den ersten Jahren des Aufbaus der Partei, der Zeit der Hoffnung und Verzweiflung, einfach resigniert das Handtuch geworfen haben oder ihre letzte Reise angetreten haben, ohne jemals ein Dankeschön von Nutznießern der Partei bekommen haben,

Manchmal habe ich mir gewünscht, daß sich in mir zur Kompensation von Enttäuschungen, Verletzungen oder empfundenem Unverstand, gegen Personen oder Gruppen Haß entwickeln

¹³ Die Freunde, die vom Bündnis 90 kommend, sich mit den Grünen vereinigt haben, müssen gesondert betrachtet und gewürdigt werden. Das kann ich an dieser Stelle aufgrund mangelnden Hintergrundwissens nicht leisten.

würde. Denn wenn man andere verteufeln kann, kann man das eigene Versagen in milderem Licht erscheinen lassen. Es ist mir nicht gelungen. Mir ist es häufig so gegangen, daß ich auf emotionaler Ebene Sympathien für ParteifreundInnen hatte, die ich auf sachlicher Ebene für unmöglich hielt oder als Widerspruch zum Gründungsimpuls der Grünen wertete..

Sicher ist es so, daß es inzwischen auch bei den Grünen Mitglieder gibt, die nur wegen ihrer persönlichen Karriere dort gelandet sind. Und oft genug werden vermutlich die Redebeiträge und Aktionen nicht im Hinblick auf den Nutzen für die Gesamtgesellschaft oder auch nur mit Blick auf die Gesamtpartei gestaltet, sondern nur nach dem ausgerichtet, was den Betroffenen selber oder seiner Klientel nutzt. In einer Partei sammeln sich nun einmal nicht die Edelsten der Edlen. Es gibt sicher auch gravierende Mängel am innerparteilichen Ideenwettbewerb. Und trotzdem kann man nicht sagen, daß sich nur die Machtgeilen und Skrupellosen durchgesetzt haben. Es sind letztlich die zu einer bestimmten Zeit herrschenden Ideen, die zur Wirkung kommen. Wir wissen nun aus der Vergangenheit und Gegenwart, daß Ideen sowohl lebensfördernd oder sehr lebensfeindlich sein können. Das Irrationale in den Parteien allgemein und bei den Grünen insbesondere ist nun, daß Ideen – ohne die ein politisches Handeln nicht möglich ist- , wenn sie konkurrierend auftreten, nicht auf ihren sachlichen Gehalt überprüft werden, sondern mit Gegenideen, die häufig die Form von Ideologien und Dogmen annehmen, als Waffe bekämpft werden.

Wenn man bedenkt, daß die Grünen mit dem Anspruch angetreten sind, die üblichen politischen Kategorien wie „links“ und „rechts“ zu überwinden, um jeweils zum brauchbaren Kern der jeweiligen politischen oder inhaltlichen Position zu kommen, dann haben sie jämmerlich versagt. Die heutige relative Einigkeit unter den Grünen ist ja nur dadurch zu Stande gekommen, daß Inhalte, die keine Mehrheit fanden, ausgeschlossen oder ins Abseits gedrängt wurden.

Ich habe das in den Anfangsjahren unter den Grünen vorhandene Gefühl, sie seien gegenüber den Mitgliedern anderer Parteien die besseren Menschen, von Anfang an für falsch gehalten. Die Mitglieder der Bündnisgrünen sind in ihren Stärken und Schwächen den Mitgliedern anderer Parteien im guten wie im schlechten Sinn ebenbürtig.

Der geschichtliche Auftrag der Grünen war, für gravierende Probleme unserer Gesellschaft, für die der Welt, Beschreibungen von Ursachen und Lösungen in die Öffentlichkeit zu

transportieren. Durch Beteiligung an der Regierung wurde dieser Auftrag weitgehend vertreten. Als sich die Mehrheit zu einer Koalition entschlossen hatte, wäre – wenn es rational zugegangen wäre - natürlich die Frage zu beantworten gewesen: Mit welcher anderen Partei wollen wir koalieren? Eine Entscheidung aufgrund alter Bindungen oder Vorlieben vorzunehmen, war kein Akt politischer Weisheit. Im Prinzip ist natürlich auch eine Koalition mit der CDU/CSU denkbar. Nur darf man sich nicht der Illusion hingeben, es wäre ein Partner, für den die Soziale Marktwirtschaft mehr als ein Schlagwort ist. Wenn man zu den Quellen zurückgeht, dann war mit Sozialer Marktwirtschaft eben nicht gemeint: Kapitalismus plus Umverteilungspolitik und die Schaffung von Zwangskollektiven als soziales Netz. Bei der gegebenen institutionellen Ausgestaltung der politischen Macht ist die Beteiligung an einer Koalition für die Grünen in der Tat mehr ein Hindernis als ein förderndes Element, denn die Partei ist quasi gezwungen, alle Impulse ihrer Mitglieder und Gremien zu unterdrücken, die die Koalition stören oder gefährden könnte. Das ist der Tod der politischen Kreativität.

Nun hat sich die grüne Partei auf eine Koalition mit der SPD eingelassen. Die Mentalität des durchschnittlichen SPD-Mitgliedes unterscheidet sich sicherlich z. B. von jener des durchschnittlichen CDU-Mitgliedes. Ob dieser Unterschied ein Plus oder Minus ist, ist schwer zu sagen. Es gibt viele Gründe, die politischen Parteien als gesellschaftliches Gestaltungselement in Frage zu stellen. Es gibt keinen Grund, die SPD zu verteufeln, aber auch keinen sie in den Himmel zu heben. Das Problem mit der SPD ist ein anderes. Soweit die Mitglieder sich noch sozialistisch fühlen, haben sie total vergessen, daß Karl Marx einst von der Auflösung des Staates geträumt hat. Die SPD ist nach wie vor noch zu sehr auf den Staat als den Übervater, als den Gutsherrn, der weiß was den Mägden und Knechten abzuverlangen ist und zusteht, fixiert. Die SPD ist eine alte Partei, also ein Extrakt aus Idealismus, Hoffnungen, Zukunftsplänen, Fehleinschätzungen, Ehrgeiz, Mißbrauch und Versagen. Zu Recht wird betont, daß ihre Mitglieder unter den Nationalsozialisten gelitten haben. Völlig verdrängt wird aber, daß die SPD in der Zeit, als sie mächtig genug war, durch ihre damalige Fixierung auf den Marxismus jegliche abweichende Meinung zur Währungspolitik mit Ausschlußverfahren niedergeknüppelt hat. Und gerade die Währungsfuschereien mit der Inflation und Deflation haben der Weimarer Republik das Genick gebrochen und Hitler ermöglicht. Nun ist die SPD bis heute nicht in der Lage, diesen Sachverhalt zuzugeben, aber gelernt hat sie trotzdem. Sie ist von Marx auf Keynes umgeschwenkt. Sie hat sich aber gerade jenen Teil von Keynes Lehre herausgepickt, der problematisch ist, nämlich die Fiskalpolitik mit dem Defizit-Spending als Instrument. Die Vorliebe der SPD dafür ist bei ihrer Fixiertheit auf den Staat verständlich, aber

eben für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft hinderlich. Diese Politik, die nicht nur immer weitere Staatseingriffe erforderlich macht, sondern auch zur Inflation führt, wenn sie über die Notenpresse betrieben wird oder zur Gestaltungssohnmacht führt, wenn sie über die Staatsverschuldung betrieben wird, war und ist ebenfalls eine Sackgasse. Das hat ja inzwischen jener Teil der SPD eingesehen, der hinter der Agenda 2010 steht. Die neue Haltung, die in der SPD zum Tragen gekommen ist, kann man so ausdrücken:

„Marx hat sich geirrt, Keynes war ein Fehlgriff, wir sind in der Realität angekommen und anerkennen, daß das Kapital vor allen anderen bedient werden muß. Das sozialistische Ziel, der Arbeit den vollen Ertrag zu verschaffen, war eine Illusion. Die Arbeit muß sich wie der Hund unterm Tisch mit dem Knochen zufrieden geben.“

Das bedeutet, die SPD hat ihrer Staatsbesessenheit einen neuen Inhalt gegeben, nämlich den, die Arbeitnehmer zu disziplinieren. Wenn die Grünen in ihrer Mehrheit sagen, ja so ist es, so ist es richtig, so sehen wir das auch, dann ist die Koalition in dieser Hinsicht mit der SPD in Ordnung, wenn nicht, ist sie eine Lüge. In Ordnung heißt aber nicht, daß diese Politik keine Konsequenzen hat. So sicher wie das Amen in der Kirche wartet am Ende der Bürgerkrieg, wenn er nicht vorher durch einen Völkerring verhindert wurde und einen Neuanfang aus der Zerstörung und Erschöpfung ermöglicht.

Wenn ich als Demokrat unsere verfassungsrechtliche Situation ansehe, wie sie sich insbesondere nach Wende entwickelt hat, dann kann ich nicht umhin, festzustellen, daß wir von Verfassungsfeinden regiert werden, daß unser Bundestag und viele Landesparlamente verfassungsfeindliche Orte sind, daß sich unsere Verfassungsrichter um die Frage der Legitimität ihrer Tätigkeit drücken, daß die Parteien schlicht Staatsbesetzer sind, die die Bürger im Zustand der Unmündigkeit halten.¹⁴ Und wir Grünen haben uns hier sang und klanglos einge-

14 Der Korrektor merkt an: „Verfassungsfeinde“, klingt das nicht zu hart und übertrieben, ja beleidigend? Würde nicht genügen zu schreiben: ... dass wir nicht gerade von Verfassungsfreunden regiert werden ...? Ich denke ich bringe auch in diesen Schreiben meinen Respekt vor politisch aktiven Menschen zum Ausdruck. Wenn wir die Tatsache berücksichtigen, daß die Deutschen eingehämmert wird, sie haben Demokraten zu sein, aber Ihnen gleichzeitig ihr demokratisches Ur-Recht, nämlich sich selbst eine Verfassung zu geben, verweigert wird, dann kann man doch diejenigen, die blind oder sehend das Volk in einem unmündigen Zustand halten und eine Ökonomie betreiben, die wesentliche Grundrechte aufhebt, nicht euphemistisch als „nicht gerade Verfassungsfreunde“ benennen. Den Sachverhalt habe ich in meinen Arbeiten „Die Verfassungspiraten“ und „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!“ und 1988 in „Glasnost und Perestroika auch in der Bundesrepublik“ dargestellt. Diese Arbeiten habe ich, so weit es meine bescheidenen Mittel ermöglichten, diversen Institutionen zugesandt. Soll ich jetzt einen Rückzieher machen und zu dem Versager und Verlierer noch den Feigling hinzuzählen können? Im Moment wird ja auf allen Kanälen das Problem „sächsische NPD-Abgeordnete“ abgehandelt. Die NPD steht aber im Verhältnis zur wohlhabenden Politikklasse wie die kaputte Leber zur Ganzheit eines Säufers. Die Heilung kann nicht durch Beschwörungen und moralische Entrüstung erfolgen. Erst einmal muß die korrekte Politik einsehen, daß sie ein „Alkoholproblem“ hat, dann kann man weiter sehen und nach Wege der Heilung suchen..

reicht, nur weil zuviele von uns auch an der Ämtervergabe teilhaben und den Zufluß von Staatsknete nicht gefährden wollten.

Anstatt nach der Wende mit den damals noch DDR-Bürgern gemeinsam zu beraten: Woher kommen wir? Wo sind wir? Wo wollen wir hin? Was für einen Staat mit welchem Umfang und mit welcher Struktur wollen wir? Was kann eine wirkliche dezentrale, föderative Ordnung leisten?, haben die Grünen geholfen, den institutionellen Schrott, die überholten Strukturen der BDR als Fortschritt verpackt in den Osten von Deutschland zu exportieren. Die Vereinigungspolitik der damaligen Regierung wurde nicht deshalb kritisiert, weil sie nationalistisch war und die Arbeitnehmer in Ost und West auf verschiedene Weise enteignet hat, sondern weil immer zu viele von uns glaubten, die DDR könnte ein Vorbild sein für eine künftige BRD.

Auch bei der Politikberatung der Osteuropäischen Länder, die quasi die Opfer des Stalinismus nochmals ermordet hat, wurden die Menschen der betroffenen Gesellschaften (besonders Rußland) nicht gesättigt und befriedet, sondern in neue Not getrieben. Auch hier haben wir Grünen versagt.

Die Fraktionen und Vorstände der Bündnisgrünen können bestimmt auch Erfolgsbilanzen vorlegen, und darunter sind bestimmt auch Details, wo ich sagen würde: „Gut gemacht!“, nur solche Bilanzen können die anderen Parteien auch vorlegen. Mir geht es hier um die grundsätzliche Ausrichtung der Politik und um die Frage, welche Gesellschaft wollen wir?

Sind Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie bei uns noch Zielgrößen oder nur verbale Größen zur Manipulierung von Wählern? Wenn es noch gültige Zielgrößen sind, ist die Frage: „Was wollen wir zu ihrer Realisierung bei uns und anderswo tun?“

Auch als Pazifist sage ich: Es gibt bestimmt Situationen, in dem militärische Einsätze in Bürgerkriegen Leben schützen können, besonders dann wenn sie mit Maßnahmen der gewaltlosen Gewalt (ein schon fast vergessener Begriff) und sinnvollen ökonomischen Programmen gekoppelt sind. Das alles kann aber schnell zu einem abschüssigen Weg führen, wenn aufgrund eigener Macht oder verdecktem Eigeninteresse gehandelt wird. Vor solchen Eingriffen muß Deutschland, muß die Völkergemeinschaft sich dazu durchringen, daß die Menschenrechte Vorrang vor der Souveränität der Staaten haben. Und dann gehört auch noch ein von der Völkergemeinschaft geschaffenes Regelwerk dazu, was festlegt, wann in die inneren

Angelegenheiten von Staaten durch Staaten eingegriffen werden kann. Es geht eben nicht an, daß Staaten wie die USA sagen: Wir definieren die Rechtmäßigkeit unseres Eingriffen aufgrund unserer Größe. Deutschlands Bedeutung nun aber dadurch zur Geltung bringen zu wollen, daß die Bundeswehr nach und nach in der ganzen Welt präsent ist, ist ein gefährlicher Irrweg. Deutschland wird seinen gebührenden Platz in der Weltgemeinschaft dann erlangt haben, wenn es von ihrer Sprache nicht mehr heißt: Deutsch ist die Sprache des Todes, sondern Deutsch ist die Sprache des Lebens. Diesen Status können wir nicht mit Militäreinsätzen erringen.

Und wenn wir wirklich Europa als eine eigenständige Einheit wollen, dann muß die Bündnispolitik auch neu geordnet werden. Wenn die Amerikaner Deutschlands und Europas Freunde sein wollen, dann sollen sie uns bitte schön auch als Freunde und nicht als ihre Vasallen behandeln. Wenn die USA von anderen Staaten den Verzicht auf Atombomben verlangen, dann müssen sie selber auch auf solche Waffen verzichten. Größe ergibt unter bestimmten Umständen zwar Macht, aber nicht mehr Rechte. Wenn die USA sich als moralisch überlegene Gesellschaft verstehen, dann müssen sie das mit moralischen Kategorien beweisen und nicht mit solchen der Macht.

Die Grünen stellen zwar den Außenminister, nur haben wir leider keine Außenpolitik, die in ihren Zielen erkennbar ist und für gut befunden werden kann.

Wenn wir uns die Sozialpolitik anschauen, dann bewegt sie sich trotz grüner Beteiligung (auch mit der Bürgerversicherung) im Bereich des Sozialfaschismus. Faschismus hier im ursprünglichen italienischen Sinn als eine Zwangsbündelung individueller Interessen und deren gelenkte und selektive Befriedigung durch die Obrigkeit verstanden. Wenn man aber die Bilder aus den Nachrichten einbezieht, die den Grenzschutz auf der Jagd nach Schwarzarbeitern zeigen, dann sind auch schon Assoziationen mit dem Begriff *Faschismus* im dem Sinne von *das Böse schlecht hin* berechtigt. Solidarität und Zwangskollektive schließen sich gegenseitig aus. Der heutigen Politik fehlt jegliche Vorstellung davon, wie soziale Netze in Freiheit geknüpft werden könnten.

Kommen wir zur Bildungspolitik: Friedrich Schiller hat schon beschrieben wie sich Schule und Staat gegenseitig reproduzieren. Ohne ein freies Bildungssystem gibt es keine freie Gesellschaft. Ohne freies Bildungssystem ist die immer wieder einsetzende Entwicklung zum

Leviathan nicht zu bremsen und schon gar nicht zu überwinden. Ohne freies Bildungswesen gibt es keine Autonomie der Person. Ohne Autonomie der Person gibt es keine Demokratie. Mit Aufkommen der Grünen hatte die freie oder alternative Schulbewegung eine kurze Konjunktur. Das ist alles wieder vergessen. Es wird zwar wieder oder noch viel über die Schulen gestritten, aber die Zwangsrekrutierung der Schüler, die Lehrer in der Rolle der Vollzugsbeamten und das Schulsystem als zentralverwaltungswirtschaftliche Einrichtung, also der von allen Parteien getragene Bildungskommunismus, wird nicht in Frage gestellt.

Für Hochschulen glaubt die Politik immer noch die Vorgaben machen zu müssen, statt ihr die volle haftende Autonomie zu gewähren. Zum Teil ruhen Hochschullehrer sich immer noch auf ihren Privilegien aus und brauchen aufgrund ihres Beamtenstatus nicht nach dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Tätigkeit zu fragen. Oder sie quälen sich durch für unsinnig gehaltene Lehrpläne und Prüfungsordnungen. Sie schreiben als institutionelle Sklaven über die Freiheit der Forschung und Lehre, derweil die Studenten auf ihr Recht pochen, die Kosten ihres Studiums auf andere abwälzen zu dürfen. Ihnen wird nicht einmal im Ansatz vermittelt, daß der Staat ihre Bildung nur dadurch subventionieren kann, daß er die in Arbeit stehenden Arbeiter und Angestellten ausbeutet.

Alle dürfen auf den Nutzen ihres Tuns achten, wenn aber die Berufsausbilder danach fragen, ist das plötzlich etwas Verwerfliches. Sie müssen dann mit einer Zwangsabgabe belegt werden, wenn sie nicht ohne Nutzen ausbilden wollen. Der Mangel an Ausbildungsplätzen ist von der Politik produziert. Und die Grünen sind an dieser Produktion beteiligt.

Kommen wir zur Ökonomie. Dies ist der Politikbereich, der über Wohlstand oder Mangel, über Frieden oder Krieg, über Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung entscheidet. Es wäre von der Logik hergesehen doch eigentlich ganz selbstverständlich, daß eine grüne Politik sich hier einen Schwerpunkt gesetzt hätte, um die Ursachen der Störungen die Möglichkeiten ihrer Überwindung an das Tageslicht zu befördern. Statt dessen haben sie es hier - wie es in und zwischen den anderen Parteien üblich ist - nur zu ideologischen Grabenkämpfen oder Sprachregelungen gebracht.

Gestern las ich, daß man 2,5 Milliarden Euro aufgewendet hat, um eine Forschungssonde zum Saturnmond Titan zu schicken. Wieviel Geld konnten die Grünen locker machen, damit endlich das Problem Arbeitslosigkeit geklärt wird? Natürlich zahlt der Bund für Gutachten. Aber warum zahlt man für diese Art Gutachten, die doch offensichtlich nutzlos sind? Natürlich

fließt viel Geld in die Lehr- und Forschungsstätten für Ökonomie. Aber warum sind die Ergebnisse so mager? In einem Kriminalfall würde man auch wenig angewandte oder bekannte Methoden zur Ermittlung des Täters akzeptieren, wenn die bekannten und viel angewandten Methoden zu keinem Erfolg führen. Bei ökonomischen Problemen darf aber die Politik nach ideologischen Kriterien entscheiden, welche Methoden zur Untersuchung des Problems angewandt werden dürfen und welche nicht. Lieber läßt man Unternehmen reihenweise in den Konkurs gehen, die Arbeitnehmer sich auf der Harz-Vier-Straße einreihen und die Menschen anderswo einfach verrecken, als selber von seinen eigenen Vorurteilen abzurücken. Das ist ein politisches Vergehen mit verbrecherischen Charakter. Die Grünen sind daran beteiligt.

Als 1983 „Parteifreunde“ ein Flugblatt von Hermann Müller – das damals wohl älteste Mitglied – benutzen wollten, um den Arbeitskreis Dritter Weg NWO mit dem Vorwurf „Ultra-rechte Tendenzen“ politisch ins Aus zu drücken, habe ich in meiner Stellungnahme vom 28. / 29. Mai 1983 u.a. geschrieben: „Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.“

Nun, wir haben Halbzeit. Für die Zustände in dieser Welt sind die Grünen mitverantwortlich und zwar im Umfang mehr als ihr prozentualer Anteil an Stimmen und Macht, weil die Partei mit dem Anspruch auf bessere Aufklärung gegründet wurde, diese Aufklärung aber verhindert hat. Es ist schwierig, den Umfang der Schuld der Grünen zu bestimmen. Aber die nachfolgenden Zitate machen die Dimensionen deutlich.

„Die vier apokalyptischen Reiter der Unterentwicklung heißen Hunger, Durst, Seuche und Krieg. Sie zerstören jedes Jahr mehr Männer, Frauen und Kinder, als es das Gemetzel des Zweiten Weltkriegs in sechs Jahren getan hat.“

(Jan Ziegler in „Die neuen Herrscher der Welt“, S. 13)

„Wir verlieren den Kampf gegen Hunger“, sagte James Morris, der Chef des Welternährungsprogramms am 25. Februar 2003 vor dem auswärtigen Ausschuss des US-Senats. Weiter führte Morris aus: „Heute leiden 800 Millionen Menschen an Hunger, täglich sterben 24 000 Menschen daran.“

(SAID in Glaubenssachen, NDR Kultur / 9. 1. 2005, 08.40 Uhr)

Weil solche Zahlen leicht unser Vorstellungsvermögen übersteigen, seien sie zu der Zahl der Opfer der Flutwelle, zum Tsunami ins Verhältnis gesetzt, weil uns durch die vielen Bilder und

Berichte das Ausmaß dieses Sterbens deutlich geworden ist. Die HAZ meldet am 20. 1. 2005 die Zahl von „220 000 Tote durch die Flut in Südasien“. Es ist eine gewaltige Zahl, die einem erschauern läßt. Es ist aber nicht einmal die Summe der üblichen Todesrate von 10 Tagen, die der von der Ökonomie zu verantwortende Hunger verursacht.

Den Deutschen ist vorgeworfen worden, sie hätten weggeschaut, als unter der Herrschaft des Nationalsozialismus Millionen von Menschen in den Konzentrationslagern umgebracht wurden. Dieses Sterben war damals genauso sichtbar für die einen wie unsichtbar für die anderen, wie heute das unnötige Sterben aus ökonomischen Gründen in der Welt von heute, für das die jetztigen Generationen verantwortlich sind.

In einem anderen Zusammenhang habe ich gesagt, daß die ökonomische Ignoranz tödlicher ist als das Giftgas der Nazis. Die verantwortlichen Generationen des Mordens mit dem Giftgas sind bis auf Reste weggestorben. Die Verantwortlichen für das Morden mit dem Gift der ökonomischen Unzulänglichkeit sind wir, die wir die heutigen Generationen repräsentieren, besonders jene, die in Deutschland leben und unter den Deutschen wiederum die Grünen, die sind nämlich mit dem Anspruch angetreten, die Welt besser zu machen. Aus dem Rückblick von hundert Jahren wird man einst sagen, daß wir nicht besser waren als die Nazis. Verführt durch Film und Literatur, nehmen wir leicht an, daß das Böse eine Fratze hat. Das Böse kommt oft gutbürgerlich, hochanständig und lächelnd daher. Träger des Bösen müssen nicht einmal ihre Trägerschaft bemerken. Es kann so sein wie bei Krankheitskeimen, sie entwickeln sich erst nach einer weiteren Übertragung.

Mein Dilemma

Aufgrund meiner demokratischen Gesinnung und der Faktenlage, die mir eine antidemokratischen, antifreiheitliche, antisoziale und antifriedliche Politik unserer in den Parlamenten vertretenen Parteien signalisiert, kann ich keine dieser Parteien mehr wählen, also auch die Bündnisgrünen nicht.

Darauf zu hoffen, daß Bündnis 90 / DIE GRÜNEN noch eine inhaltliche Wende schaffen, halte ich für unrealistisch. Wenn ich an das quälende Gründungsstadium der Grünen denke und an das Abgleiten der Grünen in die Parteiennormalität kann ich es mit meinem Gewissen

auch nicht vereinbaren, jungen Menschen, die sich für Politik begeistern können, zu empfehlen, Mitglied der Grünen oder einer anderen Partei zu werden. (Die Parteien können froh sein, daß mein Gewissen keine Schranke für ihren Mitgliederzugang ist.)

Ich habe keine Schwierigkeiten im persönlichen Umgang mit Parteifreunden (Im Ortsverband fühle ich mich durchaus heimisch.), nur sehe ich ihr Tun durch die Brillen der Systemanalyse und der Altersskepsis meistens als vergebliche Liebesmühe.

Normalerweise ist das eine Situation, aus der man sich mit einem Austritt aus einem Verbund von Menschen befreit. Das kann ich aber nicht, weil:

a) Ich fühle mich für das, was mit und durch die GRÜNEN geschieht, verantwortlich und werde auch aus einem späteren geschichtlichen Rückblick mitverantwortlich gemacht werden, genauso wie jene Mitglieder der vorangegangenen Generationen, die sich die Entwicklung der NSDAP ganz anders vorgestellt haben und ohne Differenzierung zu den Tätern gezählt werden.

b) Ich habe die Gründung der grünen Partei mit betrieben, weil ich einen selbst gestellten Auftrag hatte, dafür zu sorgen, daß das Leiden durch aufhebbare Fehler in der Ökonomie vermindert wird. Diesen Auftrag habe ich nicht erfüllt.

c) Mir schmeckt es nicht, daß die politische „Rendite“ aus der mühsamen Aufbauarbeit jenen zu fließt, die eher das Gegenteil von dem wollen, was die Gründer im Visier hatten.

Die Alternative wäre ein Parteiausschluß. Anders als 1983 würde ich heute ein solches Verfahren nicht als Kränkung empfinden. Ich würde mir einen entsprechenden Beschluß der Schiedskommission sogar als Ehrenurkunde an die Wand hängen. Das Vertrackte an der Geschichte ist nur, daß ich mir – solange ich mich als politischer Mensch noch ernst nehme – diesen Ausschluß verdienen müßte. Es ginge erst einmal darum, zu beweisen, daß Parteien, die sich quasi den Rang eines Verfassungsorganes erschlichen haben und überwiegend via Fiskus aus Arbeitserträgen von Nichtmitgliedern finanziert werden, nicht einfach Mitglieder - wie es ein x-beliebiger Verein handhaben kann - ausschließen können. Die Schwierigkeit einer Schiedskommission, die ehrlich arbeiten würde, läge ja auch darin, den Maßstab für die Beurteilung zu bestimmen. Was zählt mehr: Die Ausgangslage, unter der ein Bürger Mitglied

einer Partei geworden ist oder die Veränderungen, die gegen seinen Willen durchgesetzt worden sind? Und wenn man mich ausschließen möchte, will ich schon an den Inhalten gemessen werden, die ich mit anderen in die GLU, SPV und in die Partei DIE GRÜNEN eingebracht habe. Das ist nachzulesen in den Schriften:

Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken.

oooOooo

Die Freie Berufs-Bildungs-Assoziation (FBA)
Hrsg. Arbeitskreis Dritter Weg NWO
Vorgelegt am 1. Mai 1982

oooo

Darauf kommt es an!
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die
Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
- gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung
- für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Dezember 1989

einzusehen unter

www.Tristan-Abromeit.de

Sponti-Manier erklärt: „Wer von uns interessiert sich denn für Stadtautobahnen in Frankfurt oder für Atomkraftwerke irgendwo?“ Die Turnschuhe, die er bei der Vereidigung zum ersten grünen Minister (für Umwelt in Hessen) trug, übrigens ein US-amerikanisches Produkt, stehen inzwischen im Bonner Haus der Geschichte.

Hin und wieder muss man sich vergewissern, in welch aufgeregte Zeiten dieser Gründungsparteitag fiel. Just hatte die Nato ihren Doppelbeschluss zur Nachrüstung mit Cruise-Missiles und Pershing-II-Raketen verkündet, die sowjetische Armee war in Afghanistan einmarschiert, gerade hatte das Unglück im Atommeiler von Harrisburg den Warnungen der Kernkraftgegner Recht gegeben. August Haußleiter, er war von der CSU zum Gründungskongress gekommen, schilderte seinen neuen Parteiländern den Ernst der Lage so: „Wir erleben das Vorstadium zum Dritten Weltkrieg.“

Die düstere Grundstimmung der Gründungsversammlung ließ die Partei so bald nicht los. Man sah sich vereint im Erschaudern über die ringsum wachsenden Gefahren. Die strategische Frage hieß dann bald: Rot oder Grün? Sollte aus den Grünen eine linke Partei werden oder eine wertkonservative, die die Ökologie ins Zentrum stellt? Entwickelt hatten sich die Grünen aus zahllosen Gruppen, die sich dem Umweltschutz verschrieben hatten und die gemeinsam bei der Europawahl 1979 aus dem Nichts erstaunliche 3,2 Prozent geholt hatten. In den Monaten vor und nach Karlsruhe jedoch stiegen die Mitgliederzahlen der grünen Vorläuferorganisationen sprunghaft an, von gut 3000 auf gut 10000. Diese Neumitglieder kamen zum größeren Teil von den K-Gruppen, vom Kommunistischen Bund, vom KBW, von der KPD/AO. Sie hatten sich eingeschrieben, um aus der grünen Bewegung eine linke Partei zu machen. Dahinter steckte die Hamburger Gruppe um Jürgen Reents, Rainer Trampert und Thomas Ebermann, später tummelte sich auch Jürgen Trittin aus Göttingen in diesem Lager.

Das Medienecho auf die Gründung seinerzeit war verheerend,. Für die „Zeit“ hatten die Grünen ihre Zukunft hinter sich, bevor sie begonnen hatte: „Karlsruhe hat die Untauglichkeit der grünen Bewegung bewiesen.“

Die Grünen tragen längst keine Turnschuhe mehr, sondern altersgerecht eher orthopädische Einlagen. Ihre Erfolge haben sie gebührend gefeiert. Einzug in die Landtage, in den Bundestag, Rauswurf und Wiedereinzug, schließlich die rot-grüne Koalition. Die soll, sagen die Grünen, nicht einfach ein Regierungsbündnis sein, sondern ein „Projekt“, der Gegenentwurf für eine neue Gesellschaft. Ihren folgenschwersten Sieg - einen regierungsamtlichen Plan zum Ausstieg aus der Atomenergie - hat die immer noch mächtige Parteibasis freilich zwiespältig aufgenommen, weil die Regierenden einen Kompromiss bejubelten, der den alten Kämpfern als ungesichert und umkehrbar erschien.

Ihren 18. Geburtstag haben die Grünen noch wild und ausschweifend gefeiert, kurz vor der Eroberung der Macht in Bonn. Ein Fest zum 25. Geburtstag hat die Parteivorsitzende Claudia Roth abgesagt: Es passe nicht in die Zeit.

««««««««««««««««««
(c) HAZ 2005

Anhang:

zwei Berichte über die BDK
am 22./23. 6. 1985 in Hagen
aus der HAZ vom 24. Juni 1985 ¹⁵

Grüne verharren nicht grundsätzlich in der Opposition

Bundesversammlung hält Regierungsbeteiligung offen /
(Bahro erklärt Austritt aus der Partei)

Hagen (dpa)

Die Grünen wollen sich in ihrer künftigen parlamentarischen Arbeit alle Möglichkeiten „von der Opposition bis zur Alleinregierung“ offenhalten. Auf diesen Kompromiß einigten sich am Sonntag die rund 700 Delegierten der zweitägigen außerordentlichen Bundesversammlung in Hagen. Weder der Flügel der „Realpolitiker“ noch die Gruppe der „Fundamentalisten“ fand eine Mehrheit. Auf ihrem Kongreß beschlossen die Grünen außerdem, ein Moratorium für Tierversuche zu fordern, die also vorerst ausgesetzt werden sollen. Außerdem wollen sie sich für Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene einsetzen.

Zum Kurs der Partei nach den Wahniederlagen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland wurden zwei Papiere gebilligt, in denen im Streit über eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen oder die Ablehnung von Bündnissen mit anderen Parteien Kompromisse formuliert wurden. In einem mit großer Mehrheit angenommenen Initiativantrag aus der Alternativen Liste Berlin heißt es, die Grünen lehnten eine freiwillige Selbstbeschränkung auf die Oppositionsrolle ab. Abzulehnen sei aber ein „Streben nach Beteiligung an der Macht um nahezu jeden Preis“.

In dem zweiten Beschluß, den u. a. der den Ökosozialisten zugerechnete Eckhard Stratmann verfaßt hatte, wird eine „Umkehr der Entwicklungslogik vor allem in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik“ gefordert. Dort heißt es, die Grünen wollten eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD, wenn damit der „Einstieg in eine andere Entwicklungslogik“ gelinge und die SPD zu einschneidenden Kursänderungen bereit sei. Man dürfe aber den Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD nicht aufbauschen, sonst liefen die Grünen Gefahr, der Integrationsstrategie der Sozialdemokraten „auf den Leim zu gehen“. Zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1987 beschloß der Parteitag, eine Strukturkommission sowie eine Programm- und eine Wahlkampfkommission einzusetzen.

In der Debatte prallten die gegensätzlichen Positionen der Parteiflügel hart aufeinander. Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert warf den „Realpolitikern“ vor, sich der SPD anzu-

15 Diese Berichte fand ich, als am Ende meiner Darlegungen angekommen war und mich nach Belegen der Aktivitäten der Geheimdienste innerhalb der Grünen umsah. Ich finde, die Berichte zeigen gut den Wandel der Grünen an und die Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Die Berichte sind aber auch streckenweise ein Kontrollinstrument für meine Aussagen.

passen. Sie seien damit auf dem „Weg zur Helmut-Schmidt-Partei“. Auch die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly kritisierte alle Bestrebungen, eine Bündnispolitik mit den Sozialdemokraten zu betreiben. Mit Blick auf die Verhandlungen zwischen Grünen und SPD in Hessen sagte sie: „Wir müssen dieses staatliche System der Repression überflüssig machen und nicht anfangen, es zu reparieren.“

Dagegen forderte Waltraud Schoppe eine „klare Koalitionsaussage“. Es sei zu einfach, die SPD als staatstragend hinzustellen und Utopien zu beschwören.

Trampert, Stratmann und Bernd Köppl, ehemaliges Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, begrüßten die Beschlüsse des Parteitages auf einer gemeinsamen Pressekonferenz. Jetzt gebe es eine 'gewisse Atempause in der Machtbeteiligungsfrage“, sagte Trampert. Stratmann hob hervor, daß der bündnispolitische Streit nicht mehr im Vordergrund stehe. Die Grünen hätten sich „so deutlich wie noch nie“ für Regierungszusammenarbeit geöffnet

Der Bundestagsabgeordnete Otto Schily äußerte sich über den Ablauf des Parteitages enttäuscht. Den Grünen sei nicht gelungen, ihren Standort deutlich zu bestimmen. Der Versuch einer Einigung nach innen gehe auf Kosten der Klarheit nach außen. Schily kritisierte zudem, daß er auf dem Parteitag nicht habe zu Wort kommen können, weil die Rednerlisten nach dem Losverfahren zusammengestellt wurden.

Rudolf Bahro, der die Grünen 1980 in Karlsruhe mitgründete, erklärte mit Hinweis auf den Beschluß über Tierversuche seinen Austritt aus der Partei. Er sagte, es gebe nicht mehr einen einzigen Punkt, in dem die Grünen ernst nähmen, wofür sie angetreten seien. Er habe endlich erkannt, daß jede Partei ein „kontraproduktives Werkzeug der Politik“ sei, in der „alle Lebensenergien verschwinden.“

Befürfnis nach Harmonie war stärker als der alte Hang zum Streiten

Schock der jüngsten Wahlniederlagen war heilsam für die Grünen / Parteitag wie bei den „Etablierten“

Von Rudolf Großkopff

Hagen

Es war Sonntag nachmittag, und noch immer hatte es keinen Eklat, kein Chaos, keinen Gefühlsausbruch gegeben. Aber auf Rudolf Bahro war in dieser Hinsicht immer Verlaß. So stieg denn die Spannung beträchtlich, als sich der in den 70er Jahren mit so vielen Hoffnungen aus der DDR gekommene und empfangene Polit-Theoretiker zu einer persönlichen Erklärung ans Mikrofon begab.

Aber als er verkündete, was einige schon geahnt hatten, nämlich seinen Austritt aus der grünen Partei, da hielt sich die Erregung darüber sehr in Grenzen. Keine Betroffenheit, kein Protest, kein Versuch, ihn davon abzuhalten. Nur ein paar Blumen. Die meisten spürten, daß diese Entscheidung, die noch vor zwei Jahren sensationell gewirkt hätte, ihre unausweichliche Logik hatte. Zu sehr hatten sich die Partei und ihr 1980 unter Begeisterungstürmen eingetretenes prominentes Mitglied auseinanderentwickelt: die Grünen in Richtung Normalität, Bahro in Richtung religiösen Eiferertums.

Aus den Gräben herauskommen

Auch dieser Hagener Parteitag war eine Station auf dem Weg der Grünen zu einer Partei im herkömmlichen Sinne. Wobei sich allerdings auch viele Delegierte fragten, ob dieser Weg angesichts der jüngsten, niederschmetternden Wahlresultate noch einmal nach oben gehen kann oder schon wieder in den Abgrund führt. Zumindest eines aber hatten die schlechten Erfahrungen der letzten Zeit bewirkt: Den meisten war klar, daß dieser Parteitag ein weiterer Beitrag zum Niedergang sein würde, wenn es ihm nicht gelänge, die früheren, mit der Wut von Glaubenskämpfen ausgetragenen Konflikte zu vermeiden.

Von Beginn an war darum jenes allgemeine Bemühen spürbar, daß ein Begrüßungsdredner mit der Forderung beschwor: Aus den Gräben herauskommen. Stärker als das Bestreben, die unverändert existierenden Grundkonflikte wenigstens rednerisch auszutragen, war das Bedürfnis nach Annäherung und Harmonie. Sogar der Bundesvorsitzende Trampert, sonst ein Anhänger der reinen grünen Lehre, warb für eine Aktion Gemeinsinn: „Vielleicht gelingt es uns ja angesichts unserer Krise, solidarischer und umsichtiger mit uns und unseren Konflikten umzugehen, ohne dadurch breiige Masse zu werden.“

So Verschwand auch die nach der depremierenden NRW-Wahl aufgekommene Forderung nach Neuwahl des Vorstands fast unbemerkt in der Versenkung, und das Tagungspräsidium, früher oft wie ein Ringrichter in einem total entgleisten Boxkampf gefordert, hatte diesmal einfaches Arbeiten. Fast alle Redner bemühten sich um Zurückhaltung. Kein Vergleich mit Parteitag, wo die Atmosphäre sich früher oft so aufheizte, daß die ganze Veranstaltung auf dem Spiel stand.

Es gab noch Rückfälle in alte Verhaltensmuster. Etwa, als eine strikte Gegnerin aller Experimente mit Tieren nicht so lange reden durfte, wie sie wollte, nämlich unbegrenzt. Die empörte Frau verkündete den sofortigen Parteiaustritt, packte ihre Akten und verschwand. Aber niemand kümmerte sich um sie. Mit großer Mehrheit ging am Ende ein Beschluß durch, der Tierversuche zwargrundsätzlich ablehnt, aber in Ausnahmen erlaubt: Für grüne Verhältnisse ein Beweis von Realismus.

Viele Stars hielten sich zurück. Es hatte sich herumgesprochen, daß die Basis in dieser Krisensituation kein Schaulaufen der Prominenz mehr wünschte. Die Wortmeldungen anderer Spitzenpolitiker fielen einem bei der Aufstellung der Rednerlisten rigide gehandhabten Losverfahren zum Opfer. So fehlte es auch rhetorisch weithin an den früher üblichen Zuspitzungen. Genauso stark wie das Bedürfnis nach neuen Umgangsformen war das Bemühen, den in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Eindruck zu widerlegen, daß die Partei nicht in der Lage sei, sich über Sachthemen zu einigen. Darum schaltete die Versammlung noch vor die große Generaldebatte die Behandlung von Inhalten, die im Dezember 1984 auf dem letzten ordentlichen Parteitag in Hamburg auf der Strecke geblieben waren. Aber in dieser Hinsicht war es wie immer: Satzungsänderungen und Anfragen schienen zunächst wichtiger, und dann kam die große Zeitnot.

Die Redner wurden ausgelost

Am Sonntagmorgen war es dann soweit. 20 ausgeloste Redner, Frauen und Männer gleichstark vertreten, marschierten auf, um über Lage, Selbstverständnis und Perspektiven der Partei zu diskutieren. Antje Vollmer, die frühere Vorsitzende der Bundestagsfraktion, verglich die Grünen mit einer Taube, die ungeheuer hoch zu fliegen versucht, wohingegen die SPD als „fette Ente“ am Boden hocken bleibe. Vieles war vage, zum Beispiel was der zwischen den Strömungen wandernde Bundesvorsitzende Lukas Beckmann unter den Grünen als „Spirituelle Bewegung“ verstand. Am einfachsten machte es sich eine Delegierte, die, alle Strömungen zu einer „fundamentalen Realpolitik“ zusammenbinden wollte.

Es herrschte nicht mehr blanke Gegnerschaft zwischen Realpolitikern („Realos“) und Anhängern einer Fundamentalopposition („Fundis“). Die Verhältnisse haben sich kompliziert. Die einen wollen Reformpolitik mit der SPD, sobald sich eine Ge-

legenheit dafür bietet. Die anderen sagen: Zusammenarbeit ja, aber erst später, wenn wir stärker sind. Eine dritte Gruppe will einem SPD-Kanzler Rau ab 1987 eine zweijährige Probezeit einräumen, in der er zeigen soll, ob er bereit ist, grüne Politik zu machen. Schließlich die vierte Strömung, die unverändert sagt: jetzt nicht und auch in absehbarer Zeit nicht. Die Antwort: „Ich will nicht ministrabel sein für die Erkenntnis meiner eigenen Ohnmacht.“ Ein „Realo“ aus Baden-Württemberg verspottete ihn und andere dafür mit der Formel: „Nieder mit der Realität, es lebe die alternative Zukunft.“

Ein Nachhall der Redeschlachten war das Duell zweier grüner Frauen. Petra Kelly tat einiges, um ihren parteiinternen arg gezausten Ruf zumindest bei den „Fundis“ wieder zu festigen. Da stand sie als Hohepriesterin hehrer Ideale: „Was ist geschehen, wenn Grüne anfangen, Grenzwerte für Dioxin festzulegen... wir müssen das System nicht mittragen, sondern überflüssig machen... Viele bei uns diskutieren über das Machbare, statt über die konkrete Utopie.“

Dagegen Waltraud Schoppe, ebenfalls bis vor kurzem Sprecherin der Bundestagsfraktion, als Sympathisantin eben dieses Machbaren: „Der Parteitag muß ein Signal geben, daß wir zur Koalition mit der SPD fähig sind... Es ist einfach zu fordern: Kein Dioxin. Aber entscheidend ist: Wie kommen wir dahin.. Petra Kelly hat sich um die Frage herumgedrückt, welchen Weg wir gehen wollen.“ Da klatschten die Realpolitiker ebenso frenetisch wie vorher die „Fundis“ bei Frau Kelly, und selbst der sonst so kühle Otto Schily hob die Hände bis über den Kopf, um zu zeigen, wie sehr er diese Position unterstützte.

Die Applausanteile bei diesen beiden Reden hätten den Eindruck vermitteln können, als wenn die Flügel immer noch gleich stark seien. Aber als sich die Versammlung durch den Wust der Anträge ackerte, da wurde sichtbar, daß die Gewichte sich verschoben haben. Ein Antrag, der Mitarbeit in Regierungen unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht stellt, setzte sich durch, allerdings ergänzt um eine andere Resolution, die wieder mehr Aktivität außerhalb der Parlamente verlangt.

Vorschläge dafür zu machen, wie das alles im Detail aussehen soll, ist nun Sache von nicht weniger als drei Kommissionen, die der Parteitag einsetzte - auch das ein Zeichen, wie die Anpassung an den üblichen Parteibetrieb voranschreitet.